



Protokoll des Einwohnerrats

XII. Legislaturperiode 2016 - 2020

16. Sitzung vom 25. Juni 2018

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00 – 22.10 Uhr

Leitung: Pascal Treuthardt (Präsident)

Anwesend: 33 Mitglieder

Entschuldigt: Andrea Alt, Jürg Blaser, Ralph Büchelin, Manuela Eichenberger, Peter Sala,
Erik Schellenberg, Paul Schlup

Verspätet: Stephan Appenzeller (ab 19.20 Uhr)

Präsident:

Pascal Treuthardt

Protokoll:

Linda Weick

Begrüssung und Mitteilungen des Präsidenten

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP begrüsst die Ratsmitglieder, den Gemeinderat und das anwesende Publikum zu seiner letzten Sitzung als Einwohnerratspräsident. Zu Beginn möchte er die scheidenden Mitglieder aus dem Rat verabschieden. Patrizia Aebi, SP, und Beatrix Rheiner, FDP, haben heute Abend ihre letzte Sitzung. Der Präsident bedankt sich, dass sie ihre Zeit im Rat verbracht und diesen bei seinen politischen Aktivitäten unterstützt haben.

Vor nicht allzu langer Zeit fand der Einwohnerratsausflug statt, den der Votant organisieren durfte. Die Teilnehmenden waren unter anderem im Tinguely Museum, in welchem sie die Ausstellung von Gerda Steiner und Jörg Lenzinger besuchten. Ein sehr schönes Exponat war der «shut up»-Tee. Ein Tee, der Besuchern angeboten wird, die etwas zu viel reden. Er fand es ein interessantes Werk, das man wahrscheinlich auch hin und wieder einem Kollegen einflössen möchte. Der Tee wäre aber auf jeden Fall sehr kontraproduktiv für einen politischen Rat. Daher erhalten die Einwohnerratsmitglieder eine Teemischung des Präsidenten, den «tell me more»-Tee. Dieser Tee scheint ihm passender für ein Parlament. Er wünscht allen viel Spass im Sommer und hofft, der Tee, den man auch kalt geniessen kann, schmeckt.

Entschuldigt für heute Abend sind Andrea Alt, CVP, Jürg Blaser, SVP, Ralph Büchelin, SP, Manuela Eichenberger, Grüne, Peter Sala, FDP, Erik Schellenberg, SP, und Paul Schlup, SVP.

Neue Vorstösse (Tischvorlagen)

Nr. 96, Motion P. Bräutigam, CVP: Elternbeiträge für Mittagstisch und Nachmittagsbetreuung

Nr. 97, Interpellation SP-Fraktion: Prämieninitiative

Nr. 98, Postulat Ch. Maier, FDP: Ein 50m-Sportbad anstatt lauter «Bädli»

Bereinigung der Traktandenliste

Der Präsident erklärt, das Einwohnerratsbüro empfehle dem Rat auf Anregung der FDP, das Traktandum 11 «Totalrevision Personalreglement» von der Traktandenliste zu streichen und nach der Sommerpause zu behandeln. Für die Diskussion dieses Traktandums wird deutlich mehr Zeit benötigt. Als weiteres entfällt das Traktandum 4 «Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission», da das Mitglied, welches die FDP vorschlagen möchte, erst ab dem 1. Juli ordentliches Einwohnerratsmitglied sein wird. Die Wahl kann erst stattfinden, wenn die Person auch tatsächlich im Rat sitzt. Daher muss dieses Traktandum ebenfalls verschoben werden.

ABSTIMMUNG

Anpassung der Traktandenliste: einstimmig JA (vgl. Anhang: Abstimmung 01)

BESCHLUSS

Änderung der Traktandenliste:

Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds in die GRPK
für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2020

Nr. 91

://: Verschohen.

Bericht / Antrag der Spezialkommission Personalrecht vom 05.06.2018
Totalrevision Personalrecht

Nr. 151/XI

://: Verschohen.

- | | | |
|-----|---|-----------------------------|
| 1. | Genehmigung des Protokolls vom 28.05.2018 | |
| 2. | Wahl des Präsidiums des Einwohnerrats
für das Amtsjahr 01.07.2018 - 30.06.2019 | 91 |
| 3. | Wahl des Vize-Präsidiums des Einwohnerrats
für das Amtsjahr 01.07.2018 - 30.06.2019 | 92 |
| 4. | Ersatzwahl eines Mitglieds ins Wahlbüro
für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2020 | 94 |
| 5. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.03.2018
Jahresbericht 2017 und Leistungsberichte 2017
Geschäftskreisführung: Christoph Anliker
Bericht der GRPK zum Jahresbericht und den Leistungsberichten 2017 | 75

75A |
| 6. | Bericht des Gemeinderats vom 08.05.2018
Kinder- und Jugendpolitisches Konzept der Gemeinde Binningen
Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger | 173/X |
| 7. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 05.06.2018
Gesamtanierung Schulhaus Mühlematt; Baukredit
Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein | 143/XI |
| 8. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 05.06.2018
Schulraumplanung; Planungskredit Erweiterung Schulcampus Dorf
Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein | 95 |
| 9. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 05.06.2018
Rückständebericht 2018
Geschäftskreisführung: Mike Keller | 89 |
| 10. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 08.05.2018
Postulat M. Schinzel, FDP: Schluss mit unausgewogenen Abstimmungs-
erläuterungen
Geschäftskreisführung: Mike Keller | 13 |
| 11. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 24.04.2018
Postulat FDP-Fraktion: Verkehrsfluss und Verkehrssicherheit Paradiesstrasse
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi | 70 |
| 12. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 08.05.2018
Interpellation D. Zimmermann, FDP: Sicherheit im Wald
Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger | 83 |
| 13. | Diversa | |

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 28.05.2018

Präsident Pascal Treuthardt, FDP teilt mit, es seien keine Änderungsanträge zum Protokoll eingegangen.

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 91

Wahl des Präsidiums des Einwohnerrats

Karl J. Heim, CVP schlägt namens seiner Fraktion Thomas Hafner als neuen Einwohnerratspräsidenten vor. Thomas Hafner hat die Politik im Blut. Er hat sich unter anderem jahrelang als Vizepräsident der CVP Binningen-Bottmingen bewährt und ist im Rat allen bestens bekannt. Momentan unterstützt er den Präsidenten Pascal Treuthardt tatkräftig als Vizepräsident. Thomas Hafner ist 2011 in den Einwohnerrat Binningen eingetreten und gehört diesem Gremium inzwischen seit bald 7 Jahren an. Von Mitte 2012 bis Mitte 2017 war er während 5 Jahren Mitglied der Bau- und Planungskommission. Zudem war er 2016/2017 für ein Jahr Fraktionspräsident der CVP und Mitglied des Einwohnerratsbüros.

Thomas Hafner arbeitet seit mehr als 20 Jahren als Elektroprojektleiter in einem Elektroingenieurbüro und ist in dieser Funktion seit über 10 Jahren vorwiegend für ein grosses Pharmaunternehmen auf dem Platz Basel tätig. Er ist verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Kindern. Die CVP würde sich sehr freuen, wenn die Anwesenden Thomas Hafner ihr Vertrauen ohne Vorbehalt schenken und ihn mit einem brillanten Resultat zum neuen Einwohnerratspräsidenten wählen würden. Seine Motivation wird anschliessend umso grösser sein.

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP weist die Anwesenden darauf hin, dass aufgrund der Abwesenheit von Jürg Blaser ein drittes Wahlbüro-Mitglied ernannt werden muss. Als Ersatzmitglied für den heutigen Abend schlägt die SVP Beatrix Bürgin vor.

STILLE WAHL

://: Beatrix Bürgin, SVP, wird für die heutige Sitzung als Stimmenzählerin gewählt.

Der Präsident begrüsst die Schüler und Schülerinnen der Musikschule Binningen-Bottmingen, die heute Abend mehrere musikalische Darbietungen zeigen werden. Während der Wahl des neuen Einwohnerratspräsidiums spielt Elin Epting das Stück «Toccata» von Aram Chatschaturjan am Flügel.

WAHL

Ausgeteilte Wahlzettel: 32

Eingegangene Wahlzettel: 32

Leer: 3

Ungültig: 0

Gültige Stimmen: 32

Absolutes Mehr: 17

Gewählt ist mit 29 Stimmen: Thomas Hafner

BESCHLUSS

://: Als Präsident gewählt wird Thomas Hafner, CVP.

Präsident Pascal Treuthardt, FDP gratuliert Thomas Hafner ganz herzlich zur Wahl.

Traktandum 3

Nr. 92

Wahl des Vize-Präsidiums des Einwohnerrats

Urs Brunner, SVP nominiert für das Vizepräsidium des Einwohnerrats Susanna Keller. Susanna Keller ist seit 2009 Mitglied des Parlaments, seit 2011 Mitglied der Sozialhilfebehörde und dort seit 2017 Vizepräsidentin. Zudem ist sie Präsidentin der Spezialkommission «Totalrevision Personalrecht» und war von 2014 bis 2016 Fraktionspräsidentin der SVP. Susanna Keller ist verheiratet, hat zwei erwachsene Söhne und drei Enkelsöhne. Beruflich arbeitet sie als medizinische Praxisassistentin und als diplomierte Berufsbildnerin mit zwei Lernenden. Mit einem Diplom in der Langzeitbetreuung von Diabetes- und Rheuma-Patienten und als diplomierter Ernährungs- und Gesundheitscoach arbeitet sie selbstständig, angegliedert an eine Arztpraxis.

Präsident Pascal Treuthardt, FDP darf die nächste Darbietung der Musikschule ankündigen. Auf seinen Wunsch wird heute Abend ein Stück mit E-Gitarre und E-Bass gespielt. Dafür bedankt er sich recht herzlich. Vor zwei Jahren wurde ihm gesagt, dass nicht allzu viele Musikschulen elektrisch unterstützte Instrumente anbieten. Er freut sich, dass die Anwesenden nun einer solchen Darbietung lauschen dürfen. Die Band bestehend aus Cédric Zeller, Benjamin Haag und Lynn Zurmühle spielt mit Unterstützung von Lukas Isenegger als erstes ein etwas ruhigeres Jazz-Stück.

WAHL

Ausgeteilte Wahlzettel: 33

Eingegangene Wahlzettel: 33

Leer: 3

Gültige Stimmen: 33

Absolutes Mehr: 18

Gewählt ist mit 27 Stimmen: Susanna Keller

Andere Stimmen: 3

BESCHLUSS

://: Als Vizepräsidentin gewählt wird Susanna Keller, SVP.

Pascal Treuthardt, FDP, gratuliert Susanna Keller ganz herzlich zur Wahl.

Das bisherige und das neue Präsidium verlassen die Sitzung kurz für einen Fototermin. In der Zwischenzeit gibt es nochmals eine musikalische Darbietung der Band.

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP bedankt sich bei den Musikschülerinnen und Musikschülern für ihre Auftritte.

Ersatzwahl eines Mitglieds ins Wahlbüro

Christoph Maier, FDP schlägt namens seiner Fraktion Anita Künzli als neues Mitglied ins Wahlbüro vor.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode ab 1. Juli 2018 wird Anita Künzli, FDP, als Mitglied ins Wahlbüro gewählt.

Traktandum 5**Nr. 75 und 75A****Jahresbericht 2017 und Leistungsberichte 2017****Bericht der GRPK zum Jahresbericht und den Leistungsberichten 2017**

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

GRPK-Präsident Karl J. Heim, CVP dankt dem Gemeinderat und den massgeblichen Stellen in der Verwaltung im Namen der GRPK für die geleistete, grosse Arbeit im Hinblick auf das vorliegende Dokument «Jahresbericht und Leistungsberichte 2017». Im Namen der Subkommissionen bedankt er sich zudem für die Detailinformationen, die sie im Rahmen der Rechnungsprüfung vom Gemeinderat und der Verwaltung erhalten haben. Wie bereits vor zwei Jahren sind die Steuereinnahmen auch dieses Jahr höher ausgefallen als erwartet und zwar mit einem Plus von 19,4 Mio. Franken und einem Totalbetrag von 74,9 Mio. Franken. Dadurch präsentiert sich die Rechnung weit besser als budgetiert. Das wird noch durch sogenannte Sondereffekte begünstigt. Der Votant geht davon aus, dass allen bekannt ist, um was es sich handelt. Eine Änderung der Gemeinderechnungsverordnung hat eine erfolgswirksame Auflösung der Neubewertungsreserven bewirkt. Dies verbesserte das Ergebnis nochmals in der Grössenordnung von 6,8 Mio. Franken. Solch erfreuliche Nachrichten können natürlich Begehrlichkeiten wecken. Sie mahnen aber auch zur Vorsicht, das Geld nicht mit vollen Händen auszugeben. Aus seiner Sicht sollte man sich insbesondere Gedanken darüber machen, wie man die guten Steuerzahler in Binningen halten kann. 2017 wurde weniger investiert. Dies ist auf die Verschiebung oder Nicht-Realisierung von bestimmten Projekten zurückzuführen. Die GRPK ist etwas beunruhigt darüber, dass 2017 das dritte Jahr in Folge weniger investiert wurde als budgetiert. Andererseits lässt der erfreuliche Abschluss Vorfinanzierungen zu. Insofern unterstützt die Kommission den Vorfinanzierungsgedanken bei der Schulraumplanung, bei der ein konkretes Projekt vorliegt. Bei der Sanierung des Hallenbads Spiegelfeld ist dies nicht der Fall. Daher möchte eine Mehrheit der GRPK dort zum jetzigen Zeitpunkt keine Vorfinanzierung tätigen. Die Kommission wünscht sich eine andere Aufgleisung der Vorfinanzierung.

Allgemeine Bemerkungen

Das Berichtsjahr wird mit einem beantragten Ertragsüberschuss von 7,8 Mio. Franken abgeschlossen. Dies resultiert aus einem Gesamtaufwand von 98,7 Mio. und einem Gesamtertrag von 106,5 Mio. Franken. Das ist erfreulich. Das Budget 2017 sah für die Erfolgsrechnung einen Aufwandüberschuss von 0,1 Mio. Franken vor. Im Aufwand sind Vorfinanzierungen im Umfang von 19 Mio. Franken enthalten. Ohne die Vorfinanzierungen wäre das Ergebnis noch besser ausgefallen. Die Verbesserung des Ergebnisses ist

im Wesentlichen auf höhere Steuereinnahmen zurückzuführen. Die GRPK möchte, dass der Gemeinderat Massnahmen ergreift für die periodengerechte Umsetzung von projektierten Investitionen.

Rechnungsrevision durch die pwc

Der Votant möchte hinsichtlich der ersten Bemerkung des Korrekturpapiers des Gemeinderats, das allen Anwesenden zugestellt wurde, festhalten, dass die GRPK die Aussagen der pwc zu den Leistungsvereinbarungen völlig richtig wiedergegeben hat. Er hat dies eigenhändig mit der verantwortlichen Verfasserin des Berichts abgeklärt. Die GRPK hat die Rechnung 2017 in der bewährten Struktur geprüft. Er möchte daher ganz speziell seinen Kolleginnen und Kollegen, Subko-Präsidentinnen und -Präsidenten und ihren Leuten danken. Die Subko-Befragungen sind ein Herzstück der Rechnungsprüfung der GRPK. Bezüglich der externen Dienstleistungen empfiehlt die Kommission, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat eine Liste der jährlich wiederkehrenden externen Dienstleistungen vorlegt, sortiert nach Produktgruppen. Das würde die Arbeit der Subkommissionen erleichtern.

Geschäftsprüfung durch die GRPK

Es wurden drei grössere Themenschwerpunkte untersucht. Das war zum einen das Thema Hochbau und Ortsplanung, bei dem es um unklare Kompetenzabgrenzungen und Prozesse ging. Die GRPK wird genau beobachten, wie die neuen Kompetenzregelungen funktionieren und wie die Regelung gelebt wird. Das zweite Thema war HÜP II, zu welchem die GRPK ihre bereinigten endgültigen Empfehlungen vorgelegt hat. Bis im Sommer 2019 wird ein Bericht des Gemeinderats über die Umsetzung erwartet. Das dritte Thema war das Geschäft InterGGA. Der Votant möchte sich dazu kurz halten. Die Aussagen in Bezug auf eine Pflichtverletzung sind bekannt. Er geht davon aus, dass an der ersten Einwohnerratssitzung nach der Sommerpause näheres dazu gesagt werden kann. Zurzeit laufen die Abklärungen des Kantons. Zu den Produktgruppen möchte der Votant einzelne Punkte herausgreifen. Die GRPK sieht, dass viel im Tun ist z.B. in Bezug auf die Immobilienstrategie. Dies anerkennt sie ausdrücklich. Es bleibt aber trotzdem der Eindruck eines gewissen, fortdauernden Informationsdefizits. Das soll kein harter Vorwurf sein. Es gibt aber eine gewisse Gemütslage der Kommission wieder und erklärt unter anderem auch, warum es manchmal Unstimmigkeiten zwischen der GRPK und dem Gemeinderat geben kann.

Bildung: Im Moment werden keine Deutschkurse angeboten oder unterstützt, deshalb gibt es diesbezüglich auch keinen Aufwand. Für die Kommission wird dadurch die Zielerreichung der Integration in Frage gestellt. Sie erwartet vom Gemeinderat Informationen über Massnahmen, wie man der Zielerreichung in der Produktgruppe 5 näher kommen kann.

Verkehr und Strassen: Die GRPK möchte auch positive Aspekte ausdrücklich erwähnen. Sie anerkennt, dass der Gemeinderat die Verkehrsproblematik weiterhin prioritär behandelt.

Versorgung und Umwelt: Abfallentsorgung: Die Korrektur des Gemeinderats beim Sachaufwand ist richtig. Er nimmt dies entgegen. Im Kontext des sehr knappen Zeitplans der GRPK ist dieser Lapsus leider passiert. Kabelnetz: Die Aussage, dass die GRPK dafür keinen Einsatz von Steuergeldern wünscht, muss auch zukunftsgerichtet angeschaut werden. Die GRPK sieht in diesem Punkt nicht unbedingt einen Widerspruch zu ihrer Aussage. Insofern scheint dem Votanten die Korrektur etwas an den Haaren herbei gezogen. Wenn der Gemeinderat aus der Spezialfinanzierung «Abfall» z.B. für einen Werkhofneubau Investitionen tätigen möchte, empfiehlt die Kommission, die Zulässigkeit rechtlich zu prüfen.

Hochbau und Ortsplanung: Der Redner möchte nach GRPK-internen Abklärungen feststellen, dass die Kommission nach wie vor hinter den Aussagen im Bericht steht. Materiell sind die Aussagen grosso modo gleich gelagert wie die Korrekturbemerkungen des Gemeinderats. Ein Wort zur Neuausschreibung des Vertrags betreffend Immobilienverwaltung sei ihm aber dennoch erlaubt. Die Sache ist heikel. Nach Ansicht der GRPK werden die Ausschreibung und der Minimalbetrag, den es braucht, umgangen, indem der Vertrag einfach jährlich verlängert wird. Der Votant gibt auszugsweise eine Antwort der zuständigen Gemeinderätin wieder: «Aufgrund der damals begonnenen Liegenschaftsstrategie wurde der Auftrag

zwischenzeitlich jeweils um ein Jahr verlängert und nicht langjährig ausgeschrieben. Der Grundauftrag basierend auf dem aktuellen Liegenschaftsbestand beträgt rund 37 000 Franken, was innerhalb einer freihändigen Vergabe liegt (Submission nicht zwingend). Nach Beschluss der Liegenschaftsstrategie wird eine Neuausschreibung sicher geprüft.». Die GRPK möchte, dass der Vertrag für die Verwaltung der Immobilien auf den 1. Januar 2019 neu als 5-jähriger Vertrag ausgeschrieben wird, denn die alte Vereinbarung ist seit dem 30. Juni 2012 abgelaufen. Dabei müssen die Submissionsbestimmungen zwingend eingehalten werden.

Schlussbemerkungen

Momentan findet die Fussball-WM statt, bei der mit dem Ball scharf geschossen wird. Der Redner möchte den Ball daher eher flach halten. Nach den vorherigen inhaltlichen Bemerkungen scheint es ihm etwas viel Senf auf der Wurst, wenn im Gemeinderatsbrief von Falschaussagen gesprochen wird. Es trifft den Kern des Briefes nicht unbedingt. Formal kommt der Brief in seinen Augen – und da spricht er auch für einen grossen Teil der GRPK – als Retour-Kutsche daher. Für was auch immer. Er konnte dies mit dem Gemeindepräsidenten bereits unter vier Ohren besprechen. Die GRPK hätte es sehr geschätzt, wenn man zumindest die Subko-Präsidien und den Präsidenten vorgängig kontaktiert und Lösungen vorgeschlagen hätte, anstatt direkt an den Einwohnerrat zu gelangen. Die Kommission fragt sich, inwiefern der Gemeinderat die GRPK-Berichte auf diese Art und Weise korrigieren resp. richtigstellen soll. Um Falscheindrücken vorzubeugen, möchte der Votant hic et nunc festhalten, dass sich die Gesamt-GRPK, die Subko-Präsidien und er selbst seriös wie immer, aber unter einem grossen vorgegebenen Zeitdruck mit der Rechnung befassen haben. Die Kommission nimmt sich auch gerne selbst in die Pflicht z.B. in Bezug auf gewisse nur mündlich formulierte Fragen. Den Prozess möchte man optimieren. Für diese Kritik ist man offen, denn dadurch können tatsächlich Missverständnisse entstehen. Beim wichtigen Prozess der Rechnungsprüfung sind wegen des hohen Zeitdrucks alle Beteiligten gefordert und nicht nur die GRPK. Auch wenn es trivial daher kommen mag, bittet er einmal mehr zu beachten, dass die GRPK-Mitglieder Milizpolitiker sind, die alle noch ihren Tagesjob haben. Unter dieser Prämisse wurde grosse Arbeit geleistet bis der Bericht fertig gestellt war und bei allen Anwesenden im Briefkasten lag.

Christoph Maier, FDP spricht der Verwaltung und insbesondere Ingrid Haldimann seinen Dank für die sehr saubere und übersichtliche Darstellung der Rechnung aus. Man stellt jedes Jahr eine Verbesserung der Darstellung fest, was die Aufgabe der Kommission erleichtert. Die von der GRPK aufgegriffenen Punkte sind schlussendlich nicht mehr die ganz grossen, weltbewegenden Sachen sondern eher eine Kritik am Rande. Aus diesem Grund unterstützt die FDP alle Anträge der GRPK. Sie unterstützt insbesondere auch den Antrag, anstelle der vorgeschlagenen Vorfinanzierung der Schwimmbadsanierung eine Vorfinanzierung der bereits bestehenden und in der heutigen Sitzung traktandierten Sanierung des Mühlematt-Schulhauses vorzunehmen mit einer leichten Verschiebung der Vorfinanzierungsanteile. Seine Fraktion unterstützt das Schwimmbadsanierungsprojekt nicht, da der Bericht des Gemeinderats noch nicht vorliegt und nicht konkret gesagt wird, was man mit der Sanierung erreichen möchte. Der Redner verweist auf das an der heutigen Sitzung eingegangene Postulat zum Thema Schwimmbadsanierung. In Anbetracht der wiederholt sehr gut abschliessenden Rechnung und der grosszügigen Vorfinanzierungen stellt er den Antrag, dass der Gemeinderat bei der Erstellung des Budgets 2019 einen Steuerfuss von höchstens 46 Prozent zu Grunde legt anstelle der 48 Prozent. Der Antrag wurde bereits eingereicht und von allen Mitgliedern der FDP-Fraktion unterschrieben.

Urs Brunner, SVP bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für den detaillierten Jahres- und Leistungsbericht 2017 und bei der GRPK für die Prüfung und ihren Bericht. Der Jahresbericht ist übersichtlich und gut gegliedert. Im Anhang werden neu die externen Dienstleistungen, die ausgelagerten Tätigkeiten sowie die Erfolgsrechnung nach Arten aufgeführt. Die Abweichungen bei Aufwand und Ertrag sind gut erklärt und nachvollziehbar. Erfreulich ist, dass Binningen mit einem Ertragsüberschuss von 7,8 Mio. Franken abschliesst. Zusätzlich können Vorfinanzierungen – Stichwort Schulen – in der Höhe von 19 Mio. Franken getätigt werden. Sorgen macht der Fraktion der Investitionsstau. In der Investitionsrechnung 2017 wurden Investitionen von 7,42 Mio. Franken budgetiert. Die Nettoinvestitionen be-

liefen sich aber nur auf 3,77 Mio. Franken. In diesem Zusammenhang ist man gespannt auf die Immobilienstrategie des Gemeinderats. Die SVP findet die Vorfinanzierung des Mühlematt-Schulhauses durchaus sinnvoll. Eine separate Vorfinanzierung erachtet sie aber nicht als notwendig, insbesondere da der Betrag der Kreditvorlage nicht mit dem Betrag der Vorfinanzierung übereinstimmt. Die Schulraumplanung beinhaltet alle Schulhäuser. Die SVP stellt daher folgenden Gegenantrag zu Antrag 7 der GRPK: «Der Einwohnerrat genehmigt die Einlage von 19 Mio. Franken in die Vorfinanzierung Schulraumplanung.». Den übrigen GRPK-Anträgen stimmt die Fraktion zu.

Simone Abt, SP äussert, die Besprechung des Jahresberichts sei jeweils auch der Zeitpunkt für einen Blick zurück und für die Vergangenheitsbewältigung. Dazu gehört der Dank, den sie auch als Respektbekundung versteht. Sie möchte namens der SP Binningen den Respekt zum Ausdruck bringen, den sie dem Gemeinderat und der Verwaltung in ihrer Funktion entgegen bringt. Der Umgang miteinander ist sehr wichtig. Dazu wird sie am Ende ihres Votums noch etwas sagen, insbesondere was das Minimum an Formalien anbelangt. Die SP ist dankbar, dass die Steuerzahlenden das zweite Jahr in Folge riesige Beiträge in die Rechnung eingebracht haben. Gleichzeitig darf sie ankündigen, dass ihre Fraktion nicht jammern wird, wenn der Ertrag der Gemeinde im kommenden Jahr z.B. wieder etwas magerer ausfallen wird. Die fetten Jahre haben Ausnahmecharakter. Umso mehr stellt sich die Frage, wie mit dem ungewöhnlichen Mittelzufluss umgegangen werden soll. Sie muss sich namens ihrer Fraktion von der Meinung der GRPK distanzieren. Die Differenz geht aus dem Bericht hervor und wird durch die Wiedergabe des Stimmenverhältnisses verdeutlicht. Die SP ist der Auffassung, dass – nachdem Abschreibungen in Folge von HRM2 nicht mehr möglich sind – die Vorfinanzierungen in einem solchen Fall auch aussergewöhnlichen Charakter haben dürfen. Man darf z.B. ein Projekt berücksichtigen, dass sich viele Menschen wünschen, welches aber in Zeiten von knappen Finanzen und Not zurückgestellt werden würde.

Die Fraktion unterstützt im Gegensatz zur GRPK den Vorschlag des Gemeinderats bezüglich einer Vorfinanzierung des Hallenbads. Selbstverständlich hat sie den Vorstoss von Christoph Maier gesehen mit dem Vorschlag, sich an einem grossen Projekt mit gemeinsamen Kosten und einer gemeinsamen Risikoübernahme zu beteiligen. Das «Tigerli und Schildkrötli»-Schwimmen findet aber nun mal nicht im 50m-Becken statt, sondern an einem Ort, den man zu Fuss erreichen kann, im nahen kleinen Hallenbad. Die Bevölkerung liebt das auch entsprechend. Die Votantin ist überzeugt, ein «Mittelzustupf» in guten Zeiten wie in diesem Jahr stünde den Anwesenden gut. Sie möchte noch kurz auf den Investitionsstopp zu sprechen kommen. Die SP ärgert sich regelmässig darüber. Ständig wird auf die Liegenschaftsstrategie verwiesen. Ihre Fraktion wüsste sehr gerne, wieso die Strategie immer noch nicht vorliegt. Sie möchte dem Gemeinderat nahe legen, schnell damit zu kommen und die Tatsachen und Hintergründe aufzuzeigen. Die SP ihrerseits hat heute vor der Sitzung wieder ein kleines Scherflein dazu beigetragen.

Zum Schluss kommt die Votantin auf den Umgang miteinander zu sprechen. Es gibt verschiedene Faktoren bezüglich der Zusammenarbeit zwischen GRPK und Gemeinderat. Die GRPK schätzt – sie gehört zum Grüppchen, das etwas getadelt wurde durch die Richtigstellungen, die zum Teil durchaus nötig gewesen sein mögen, aber doch in einer ziemlich eindrücklichen Form daher gekommen sind – den direkten, auch gerne mündlichen Kontakt mit dem Gemeinderat. Sie möchte das eigentlich nicht auf einen Schriftverkehr zurückführen. Wenn man sich lediglich schriftlich austauscht, kann man sich fragen, weshalb man sich überhaupt noch trifft und Zeit investiert. Gewisse Gemeinderäte haben eine dicht gepackte Agenda und kämen nicht nur, um der GRPK etwas vorzulesen. Sie schätzt den Austausch. Dieser hat stattgefunden. Natürlich besteht eine gewisse Gefahr, Fehler zu machen. Es kann Korrekturbedarf seitens des Gemeinderats geben. Die Korrekturen dürfen auch vorgenommen werden, aber Form und Ton est disputandum. Wie macht man es, damit es für beide Seiten stimmt? Die Empfehlungen der GRPK sind ein Versuch, irgendwie im Dialog zu stehen. Ihre Fraktion hat sich über einige Empfehlungen etwas amüsiert und findet es möglicherweise kein derart geschicktes Mittel. Dass man eine Liste erstellt oder prüft, ob ein geplantes Vorgehen wirklich rechtens ist, kann von einem Gemeinderat und einer Verwaltung erwartet werden. Dem Antrag der FDP wird die SP nicht zustimmen. Die nächsten Jahre werden magerer.

Karin Glaser, Grüne schliesst sich dem Dank an Ingrid Haldimann und an den gesamten Gemeinderat für die detaillierte und übersichtliche Rechnung an. Die Rechnung ist sehr gut aufgestellt und gewisse Unklarheiten konnten mit den zuständigen Gemeinderatsmitgliedern geklärt werden. Zudem dankt sie dem GRPK-Präsidenten für den Bericht. Es ist doch immer eine grosse Arbeit, diesen Bericht zu schreiben. Dass die Rechnung so positiv daher kommt, freut ihre Fraktion selbstverständlich. Nun geht es darum, das Geld zielgerecht einzusetzen. Mit den Schulhausneubauten und der Vorfinanzierung für das Mühlematt Schulhaus – die Grünen würden sich auch sehr für eine Sanierung des Hallenbads aussprechen – stehen grosse Investitionen an. Gleichzeitig wäre es auch an der Zeit, den Investitionsstau aufzuarbeiten. Die Fraktion stimmt den Empfehlungen und den Anträgen zu.

Patricia Bräutigam, CVP dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die gute Aufstellung der Rechnung. Der GRPK dankt sie für die Prüfung der Rechnung und den vorliegenden Bericht. Es ist sehr erfreulich, dass die Rechnung derart positiv ausgefallen ist, insbesondere da einige grosse Investitionen bevorstehen, in die der zusätzliche Gewinn investiert werden kann. Die CVP unterstützt die Idee der Vorfinanzierung. Allerdings wird die Fraktion bei diesem Punkt und auch bei allen anderen Anträgen den Vorschlägen der GRPK folgen. Es erscheint sinnvoll, konkrete Projekte vorzufinanzieren. Bezüglich des Antrags der FDP kann die Votantin nur für sich selbst sprechen. Sie wird dem Antrag nicht zustimmen.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP dankt für die gute Aufnahme des positiven Ergebnisses, über welches der Gemeinderat sehr froh ist. Es handelt sich im Prinzip um den ersten Teil eines positiven Ereignisses. Der Sondereffekt, von dem die Gemeinde profitiert, ist auch im Budget 2018 enthalten. Möglicherweise werden in der Rechnung 2018 weitere Vorfinanzierungen möglich sein. Die SVP hat es richtig gesagt, in der Schulraumplanung sind alle Schulhäuser enthalten. Es geht nicht nur um das Schulhaus Dorf. Der Gemeinderat hat mit dem Antrag zur Sanierung des Hallenbads bewusst eine Diversifizierung vorgenommen. Es gibt neben den Schulhäusern noch andere Projekte wie z.B. das Hallenbad. Bezüglich des Investitionsstaus verweist der Votant auf die Immobilienstrategie. Gemeindepräsident Mike Keller wird dazu unter Diversa einige Ausführungen machen. Er möchte an dieser Stelle nicht zu viel vorwegnehmen. Der Investitionsstau ist auch für den Gemeinderat ein Ärgernis. Man möchte gerne zuarbeiten. Es soll aber nicht unabhängig von einer Strategie etwas gemacht werden, nur damit etwas gemacht wurde. Es braucht eine Planung, um anschliessend auch hinter dem Gemachten stehen zu können.

Das Ergebnis der Rechnung 2017 wurde durch Sondereffekte begünstigt, die bereits im Rahmen des Budgets 2018 diskutiert wurden. Zudem gab es eine weitere buchhalterische Anpassung in Bezug auf die Neubewertungsreserven. Diese wurden erfolgswirksam aufgelöst. Dementsprechend gibt es einen noch höheren Überschuss, der ins Eigenkapital resp. in den Bilanzüberschuss fliesst und diesen volatiler macht. Wenn die Gemeinde ihre Liegenschaften neu bewertet, muss eine niedrige Bewertung über den Bilanzüberschuss ausgeglichen werden. Das Eigenkapital kann dadurch etwas schwankender sein, sofern Liegenschaften neu bewertet werden. Hinsichtlich des Antrags der FDP betreffend Steuersenkung erklärt der Votant, man befinde sich bereits im Budgetprozess. Die Planungen haben begonnen. Im Rahmen der Immobilienstrategie stehen grosse Investitionen an und der Gemeinderat wäre froh, wenn man den Steuersatz bei 48 Prozent halten könnte. Die Diskussion wird aber sicherlich spätestens beim Budget 2019, das voraussichtlich nicht mehr in der gleichen Grössenordnung sein wird, nochmals gestartet.

In Bezug auf die Nebengeräusche zwischen der GRPK und dem Gemeinderat hat der Kommissionspräsident von Ohren gesprochen. Der Redner hofft, mit dem Bild von Schulz von Thun vor Augen das richtige Ohr zu treffen und das Ganze auf der Sachebene halten zu können. Bei der Korrektur ging es dem Gemeinderat darum, Stellung beziehen zu können. Die Möglichkeit einer Lesung des Berichts, um Inputs zu geben, war dem Gemeinderat nicht gegeben. Daher hat man versucht, dies in der Schnelle richtigzustellen. Auch der Gemeinderat befürwortet sicherlich einen besseren Austausch als nur einen schriftlichen. Selbstverständlich spricht man gerne miteinander und möchte dies auch sehr gerne so weiterführen. Gewisse Prozesse wurden dementsprechend aufgeteilt. Der GRPK-Präsident hat zudem den Zeitdruck

angesprochen. Das ist so. Er kann sich an seine Zeit als GRPK-Mitglied zurückerinnern. Es gäbe aber Massnahmen, die der Votant bereits als GRPK-Mitglied eingebracht hat. Man könnte z.B. während der Rechnungsprüfung nur die Rechnung prüfen und versuchen die ganze Geschäftsprüfung unter dem Jahr vorzunehmen, wenn man etwas mehr Zeit hat. So könnte die Arbeitsbelastung bis zu einem gewissen Grad gesteuert werden. Dies einfach als Anregung. Er würde solche Tipps auch gerne bei einem gemeinsamen Austausch einbringen, falls das Bedürfnis besteht.

Bettina Benthous, SP möchte nochmals eine Lanze für die Vorfinanzierung der Hallenbadsanierung brechen. Als Sportlerin freut sie sich natürlich über ein 50m-Becken irgendwo in der Nähe. Aber als Sportlehrerin findet sie es ganz wichtig, dass die Primarschulen und Kindergärten in der Nähe schwimmen lernen können. Für Kinder ist es wichtig, dass sie schwimmen lernen können und auch für die Mamis und Papis, die mit ihren Kindern am Sonntagmorgen im Hallenbad plantschen, ist das Schwimmbad wichtig. Sie suchen kein 50m-Becken. Die Rednerin spricht sich daher sehr für eine Vorfinanzierung der Sanierung des Hallenbads aus. Im weitesten Sinn – auch wenn es ein kantonales Schulgebäude ist – ist es ebenfalls eine Vorfinanzierung im Bereich Schule.

Christoph Maier, FDP findet, es sei zwar nicht wirklich das Traktandum, um über sein Postulat zu sprechen, er nimmt den Ball, den ihm seine Vorrednerin zugespielt hat, aber gerne auf. Die Frage ist: Wie nah muss das Hallenbad sein? Ist es wirklich sinnvoll, dass man im Umkreis von 3,5 km fünf 25m-Hallenbäder hat? Ist das notwendig für die Grundversorgung von Mamis und Papis? Wären die zusätzlichen 600m, die man zum Mühlematt Schulhaus gehen muss, nicht genügsam? Auf diese Fragen möchte er eine Antwort des Gemeinderats. Das Problem ist nicht, dass man zu wenige Hallenbäder in der Nähe hätte. Der Redner vermutet, die Region habe europaweit wahrscheinlich die dichteste Hallenbadsammlung. Man könnte natürlich auch jedem ein eigenes Hallenbad direkt nebenan bauen. Er weiss aber nicht, ob ein Hallenbad gleich nebenan in Zeiten, in denen man die Mittel etwas fokussieren sollte – z.B. auf wirklich notwendigen Schulhausbauten –, so wichtig ist. Die Frage möchte er vom Gemeinderat beantwortet wissen, bevor man sich auf ein Sanierungsprojekt festlegt. Solange es in der ganzen Region Basel, ausser dem Provisorium im Eglisee, noch kein 50m-Becken gibt, das ganzjährig benutzbar ist, scheint es ihm sinnvoll, die Frage seriös anzuschauen bevor man in seinem Gartenzaun innerhalb von Binningen sein «Bädli» aufrechterhält.

Gaida Löhr, SP weist darauf hin, dass an einer denkwürdigen Sitzung zum Thema Sparen sehr viele Personen anwesend waren, die gezeigt haben, dass sie es wichtig finden, die Infrastruktur und insbesondere das Hallenbad zu hüten. Der Rat hat sich damals mit einer grossen Mehrheit für das Hallenbad ausgesprochen. Das Hallenbad ist nichts Abstraktes sondern etwas Konkretes, bei dem man weiss, wovon man spricht. Die Votantin hat sich die Mühe gemacht das Budget 2018 hervorzuholen. Dort steht auf Seite 19, dass man das Hallenbad in Angriff nehmen möchte. Der Einwohnerrat hat für das laufende Jahr 274 000 Franken für die Ausarbeitung eines Plans bewilligt. 2019 sind im Investitionsplan weitere 250 000 Franken für eine präzisere Planung eingestellt und in den Jahren 2021/2022 sind im Investitionsplan einmal 2 Mio. und einmal 7,5 Mio. Franken für die Sanierung des Hallenbads vorgesehen. All das wurde vor einem halben Jahr hier im Rat durchgewinkt. Niemand hat sich dagegen gewehrt.

Dass die Bürgerlichen nicht begeistert sind, ist das eine. Die FDP sagt in ihrer üblichen Manier, sie sei zwar in Prinzip dafür, aber nicht jetzt und nicht so. Gleichzeitig kommt die Partei mit einem Grossprojekt, das völlig unausgegoren in der Landschaft steht und zu dem weder Bottmingen noch Oberwil befragt wurden. Man kann sich sicher sein, dass hier lange nichts passieren wird. Dieses Vorgehen ist auch nichts Neues. Alle zitierten Bäder (Oberwil, Bottmingen und Binningen) sind Schulbäder. Im Binninger Hallenbad schwimmen über 50 Klassen. Während den Schulzeiten gibt es keinen Platz für weitere Klassen. Für Primarschüler und PrimarschullehrerInnen ist die Distanz sehr wohl relevant, da der Weg in der Unterrichtszeit und Pause zurückgelegt werden muss. Aus ihrer Sicht müsste man sich genau überlegen, ob das Hallenbad nicht etwas sehr Konkretes ist, das man dringend braucht. Die SP ist der Meinung, der Gemeinderat setzt genau das richtige Zeichen. Das Zeichen: Wir möchten unser Hallenbad.

ABSTIMMUNG

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP kommt zu den GRPK-Anträgen. Er fragt, ob jemand etwas dagegen hat, über die drei Empfehlungen im Antrag 2 zusammen abzustimmen.

Gaida Löhr, SP bittet um eine getrennte Abstimmung der einzelnen Empfehlungen. Sie wird sich mindestens zweimal enthalten. Die festgehaltenen Punkte sind zwar selbstverständlich, es ist aus ihrer Sicht aber nicht nötig, daraus eine Empfehlung zu machen und dem Gemeinderat den Auftrag zu erteilen, sich an gesetzliche Vorgaben zu halten. Das scheint ihr überflüssig.

Antrag 1 der GRPK: Kenntnisnahme

Antrag 2 der GRPK:

- Empfehlung 1: 30 JA, 1 Enthaltung (Abstimmung 02)
- Empfehlung 2: 28 JA, 4 Enthaltungen (Abstimmung 03)
- Empfehlung 6: 27 JA, 4 Enthaltungen (Abstimmung 04)

Antrag 3 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 05)

Antrag 4 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 06)

Antrag 5 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 07)

Antrag 6 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 08)

BESCHLUSS

://: Folgende Anträge werden angenommen:

1. Einwohnerrat und Gemeinderat nehmen folgende Empfehlungen zur Kenntnis:
 - Empfehlung 3: Leasingverträge sollen inskünftig analog den Investitionen behandelt werden: unabhängig von der vertraglichen Ausgestaltung des entsprechenden Leasingvertrages soll jeweils der Wert des finanzierten Leasingobjekts für die Bestimmung der finanziellen Zuständigkeit in der Gemeinde massgebend sein.
 - Empfehlung 4: Die GRPK erwartet vom Gemeinderat Informationen über die Massnahmen zur Zielerreichung «Fremdsprachige können sich dank Weiterbildungsmassnahmen integrieren.»
 - Empfehlung 5: Sollte der Gemeinderat aus der Spezialfinanzierung «Abfall» Investitionen (Werkhof-Neubau) tätigen wollen, ist deren Zulässigkeit rechtlich zu prüfen.
2. Der Einwohnerrat beschliesst die Umsetzung für folgende Empfehlungen:
 - Empfehlung 1: Investitionsstau: Der Gemeinderat ergreift Massnahmen für die periodengerechte Umsetzung der projektierten Investitionen. Er erstellt vierteljährlich ein Investitionsreporting zuhanden des Einwohnerrates, bis der Investitionsrückstand aufgeholt ist.
 - Empfehlung 2: Externe Dienstleistungen: Der Gemeinderat legt dem Einwohner-rat eine Liste jährlich wiederkehrender externer Dienstleistungen vor, sortiert nach Produktgruppen.
 - Empfehlung 6: Der Gemeinderat wird gebeten, den Vertrag für die Verwaltung der Immobilien auf den 01.01.2019 neu auszuschreiben (fünfjähriger Vertrag), denn die alte Vereinbarung ist seit 30.06.2012 abgelaufen. Für diese Vergabe sind die Submissionsbestimmungen zwingend einzuhalten.
3. Die Leistungsberichte werden genehmigt.
4. Die Globalrechnungen mit einem Nettoaufwand / Nettoertrag (Ortsplanung, Baugesuche) von insgesamt 34 655 830 Franken für folgende Produktgruppen werden genehmigt (gerundet):

- Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	CHF	1 839 981
- Steuern	CHF	793 504
- Gesundheit	CHF	6 213 412
- Kultur, Freizeit, Sport	CHF	3 336 900
- Bildung	CHF	16 232 884
- Öffentliche Sicherheit	CHF	1 096 382
- Soziale Dienste	CHF	8 339 036
- Verkehr, Strassen	CHF	2 637 038
- Versorgung, Umwelt	CHF	1 272 705
- Ortsplanung, Baugesuche	CHF	7 106 011

5. Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets mit einem Nettoertrag von insgesamt 42 453 251 Franken werden genehmigt.
6. Die Laufende Rechnung 2017 mit Aufwendungen von 98 654 843 Franken, Erträgen von 106 452 265 Franken und einem Ertragsüberschuss von 7 797 421 Franken (gerundet) wird genehmigt.

Zu Antrag 7 der GRPK liegen zwei Gegenanträge der SVP und der SP vor. Der Präsident möchte als erstes den SVP-Antrag: «Der Einwohnerrat genehmigt die Einlage von 19 Mio. Franken in die Vorfinanzierung Schulraumplanung» gegen den SP-Antrag, der mit dem Gemeinderatsantrag übereinstimmt: «Der Einwohnerrat genehmigt die Einlage in die Vorfinanzierung für Schulraumbauten im Betrag von 9,5 Mio. Franken und die Vorfinanzierung für die Sanierung des Hallenbades im Betrag von 9,5 Mio. Franken.» ausmehren.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP erläutert, es gehe um die Schulraumplanung. Diese beinhaltet alle Schulhäuser. Zum GRPK-Antrag hat er eine Verständnisfrage: Handelt es sich bei den beantragten 14 Mio. Franken Vorfinanzierung für die Schulraumplanung Dorf um eine zusätzliche Schulhausvorfinanzierung? Die Vorfinanzierung für das Mühlematt Schulhaus wäre eine weitere. Man hätte dann drei Vorfinanzierungen: die Schulraumplanung, das Schulhaus Dorf und das Mühlematt Schulhaus. Für die Sanierung des Mühlematt-Schulhauses werden dem Einwohnerrat 8 Mio. Franken beantragt. Was geschieht mit dem Differenzbetrag von 3 Mio. Franken wenn diese 8 Mio. Franken genehmigt werden? Wird der Betrag aus der sonstigen Schulraumplanung vorfinanziert, wird gar nichts mehr vorfinanziert oder wie soll dies vonstattengehen? Die Idee des Gemeinderats ist eine Vorfinanzierung im Bereich der Schulraumplanung. Dort sind alle Gelder enthalten und was zuerst kommt, wird daraus finanziert.

Daniel Zimmermann, FDP findet, man könne die Frage kompliziert stellen und einfach beantworten. Zurzeit laufen drei konkrete Schulraumplanungsprojekte. Das eine ist der Campus Dorf, das andere ist das heute vorliegende Sanierungsprojekt Mühlematt und beim dritten handelt es sich um das Meiracker, das sich in der BPK-Beratung befindet. Das läuft alles unter dem Sammelbegriff Schulraumplanung. Die GRPK hat zwei Projekte vorgezogen, bei denen konkrete Sanierungsabsichten bestehen und Geschäfte vorliegen. Das eine ist der Campus mit 42 Mio. Franken, das andere ist das Mühlematt Schulhaus mit 8 Mio. Franken. Es gibt in beiden Fällen konkrete Projekte, also kann man auch eine konkrete Vorfinanzierung tätigen. Der Antrag der GRPK ist daher korrekt und sauber.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP hat nicht gesagt, der Antrag sei nicht korrekt. Er hat kein Problem damit, wenn man das entsprechende Projekt vorfinanzieren möchte. Die Frage ist einfach für die Abwicklung wichtig. In der Schulraumplanung sind bereits mehrere Millionen Franken enthalten. Den Restbetrag müsste man dann davon dazutun oder so. Die Verwaltung wird so beauftragt, weitere Konten zu eröffnen und diese auch zu bewirtschaften. Das kann man machen. Er wollte nicht andeuten, dass es nicht korrekt sei. Der Einwohnerrat darf über die Ergebnisverwendung entscheiden.

ABSTIMMUNG

Ausmehren: SVP-Antrag vs. SP-Antrag (Abstimmung 09)

SVP-Antrag: 17 JA

SP-Antrag: 13 JA

3 Enthaltungen.

Ausmehren: SVP-Antrag vs. GRPK-Antrag (Abstimmung 10)

SVP-Antrag: 15 JA

GRPK-Antrag: 17 JA

1 Enthaltung.

Antrag 7 der GRPK: 29 JA, 4 NEIN (Abstimmung 11)

Antrag 8 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 12)

Antrag 9 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 13)

Antrag 10 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 14)

Antrag 11 der GRPK: Kenntnisnahme

Antrag 12 der GRPK: Kenntnisnahme

BESCHLUSS

://: Folgende Anträge werden angenommen:

7. Der Einwohnerrat genehmigt die Einlage von 14 Mio. Franken in die Vorfinanzierung der Schulraumplanung Dorf und die Einlage von 5 Mio. Franken in die Vorfinanzierung der Sanierung des Mühlematt-Schulhauses.
8. Folgende Abrechnungen über Investitionsausgaben gemäss Aufstellung unter Ziffer 5 werden direkt genehmigt:
 - Ersatzbeschaffung Friedhofffahrzeug 79 000 Franken
9. Ergebnisverwendung:
Der Ertragsüberschuss 2017 von 7 797 412 Franken wird wie folgt verwendet:
Verrechnung mit dem Bilanzüberschuss des Eigenkapitals
10. Die Bilanz 2017 mit Aktiven und Passiven von jeweils 138 221 783 Franken wird gemäss Anhang XI genehmigt.
11. Die Investitionsrechnung 2017 mit Ausgaben von 4 433 961 Franken, Einnahmen von 661 758 Franken und Nettoinvestitionen von 3 772 203 Franken (gerundet) wird zur Kenntnis genommen.
12. Der Soll-Stellenplan Kat. A mit 10 452.38 Stellenprozenten wird zur Kenntnis genommen.

Zum Schluss möchte der Präsident über den FDP-Antrag abstimmen lassen. Dieser lautet wie folgt: «Bei der Erstellung des Budgets 2019 wird ein Steuerfuss von höchstens 46 Prozent zu Grunde gelegt.».

Gadia Löhr, SP findet es eher ungewöhnlich, bereits heute festzulegen, wie man das Budget haben möchte. Eine Steuerfussänderung beim Budget benötigt ein Qualifiziertes Mehr. Nun könnte man den Gemeinderat mit einem Einfachen Mehr beauftragen, etwas anders zu machen. Sie findet das nicht sehr sinnvoll. Inhaltlich wurde festgestellt, dass enorm viele Investitionen anstehen. Für das Schulhaus Dorf

sind es 42 Mio. Franken, beim Schulhaus Mühlematt 8 Mio. Franken, das Hallenbad kommt, auch wenn die Vorfinanzierung heute Abend nicht gesprochen wurde, usw.. Man munkelt, es seien mindestens 100 Mio. Franken, wenn man auch die Immobilien wieder ein wenig auf Vordermann bringen möchte. Wenn man etwas für die Binninger Steuerzahler tun möchte, dann ist es aus ihrer Sicht nicht das Richtige, ihnen jetzt 2 Prozent Steuern zurück zu schenken. Es ist um einiges wichtiger, ihnen anschliessend nicht jahrzehntelang riesige Ausgaben aufzubrummen. Die Rednerin findet auch die Gegenüberstellung von Steuerzahlern und Parlament heikel. Sie ist Steuerzahlerin. Wenn die Rednerin in einem Geschäft einkaufen geht, erwartet sie, etwas für ihr Geld zu bekommen. Sie erwartet nicht, dass der Verkäufer ihr sagt, sie solle das Geld zurück nehmen und wieder gehen. Das ist ein zentraler Punkt. Die Steuerzahler möchten auch etwas. Das haben sie schon einige Male gezeigt. Sie möchten eine gute Infrastruktur. Binningen hat einen Investitionsstau. Das Geld kann nicht einfach zurück geschenkt werden. Das wäre aus ihrer Sicht Verschwendung.

Roman Oberli, SVP greift das Beispiel seiner Vorrednerin auf. Er kennt wenige Geschäfte, in denen der Kassierer zuerst den 100 Franken-Schein nimmt, um dann zu schauen, was der Kunde dafür erhält. Gaida Löhr sagte, es sei ungewöhnlich, den Steuerfuss bereits im Rechnungsprozess anzupassen. Es ist aber möglicherweise notwendig, nachdem die gleiche Diskussion bereits im Budgetprozess geführt wurde. Wenn man mit der Planung aufzeigen kann, dass die Welt mit einem Steuerfuss von 46 Prozent nicht untergeht, dass die Schulen nicht zerfallen und eine gute Lebensqualität in Binningen auch mit 46 Prozent möglich ist, kann man dies anschliessend im Rat diskutieren. Auch dann braucht es für eine Anpassung des Steuerfusses eine Zweidrittel-Mehrheit. Gegen den Antrag sollte daher nichts sprechen.

Rahel Bänziger, Grüne möchte vom zuständigen Gemeinderat wissen, ob das reglementarisch überhaupt möglich ist oder ob der Gemeinderat nicht verpflichtet ist, das Budget auf dem bestehenden Steuerfuss zu erstellen. Es wurde gesagt, dass sich der Gemeinderat bereits in der Budgeterstellung befindet. Wenn man es so macht und es wäre eine Reglementsänderung nötig, dann müsste die FDP eine Motion einreichen und nicht einfach einen Antrag in einer Sitzung stellen, in der die Rechnung angeschaut wird. Sie wünscht sich Klärung. Ihrer Ansicht nach ist der Gemeinderat verpflichtet, das Budget auf dem bestehenden Steuerfuss zu erstellen. Sonst könnte er verschiedene Varianten vorlegen, was kaum Sinn der Sache wäre.

Marc Schinzel, FDP findet, es gäbe relativ wenig Grund zur Aufregung. Es geht um einen Auftrag an den Gemeinderat, ein Budget im von der FDP vorgeschlagenen Sinn – mit einem Steuerfuss von maximal 46 Prozent – zu rechnen. Anschliessend hat der Rat eine wunderbare Transparenz und kann anhand der Zahlen schauen, ob das Budget standhält oder nicht. Der Beschluss über die Höhe des Steuerfusses benötigt ein Qualifiziertes Mehr. Der Redner findet es gegenüber den Binninger Steuerzahlenden nichts als richtig, dem Gemeinderat diesen Auftrag mitzugeben. Das Budget sollte einmal so gerechnet werden, dann haben es alle auf dem Tisch. Dann kann man beurteilen, ob es funktioniert oder nicht. Nichts anderes möchte seine Fraktion.

Simone Abt, SP erinnert sich, dass man bereits eine ähnliche Fragestellung hatte, als es um die Erhöhung der Steuern ging. Damals wurde dem Einwohnerrat mit Bedauern mitgeteilt, man müsse für die Berechnungen vom bestehenden Steuersatz ausgehen. Das müsste genauso in die umgekehrte Richtung gelten. Ihrer Meinung nach geht es einmal mehr um ein «Buben-Trickli». Auch wenn ihr Vorredner noch so weichgespült und in einem ganz sanften Ton argumentiert, sie kennt die braune Liesel am Geläut. Man möchte den Rat etwas schlucken lassen, dass nicht ok ist. Ihre Fraktion ist damit nicht einverstanden und meint, das Vorgehen sei nicht rechtens. Die Votantin bittet um Abklärung und hofft, dass jemand auf dem Podium sitzt, der die Frage, ob man so etwas machen darf oder nicht, beantworten kann.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP äussert, es gehe um einen Antrag. Es braucht demnach ein Einfaches Mehr. Für die effektive, allfällige Steuersenkung ist eine Zweidrittel-Mehrheit nötig. Das wäre dann in der Budgetsitzung aktuell. Im § 12 des Finanzreglements steht: «Der Gemeinderat erstellt jährlich den

Voranschlag für das kommende Jahr und leitet diesen mit Leistungsaufträgen, den Globalbudgets [...] der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission zu.». Es steht nichts über die Grundlage für das Budget. Der Gemeinderat geht vom bestehenden Steuersatz aus. Die Erstellung des Budgets 2019 hat man basierend auf einem Steuersatz von 48 Prozent gestartet. Sollte der Antrag angenommen werden, kann der Gemeinderat selbstverständlich aufzeigen, was ein Steuersatz von 46 Prozent heissen würde. Man würde die Steuerertragsprognose einfach entsprechend anpassen. Der ganze Voranschlag müsste aber im September resp. in der Budgetsitzung in der GRPK sowieso nochmals sauber diskutiert werden.

Gaida Löhr, SP stellt zusammenfassend fest, es gehe an und für sich nicht um Transparenz. Beim Budget geht es einerseits darum, welche Ausgaben man möchte und andererseits wieviel reinkommt. Die Frage «48 oder 46 Prozent?» kann jeder der Anwesenden ausrechnen. Es ist eine Dreisatzrechnung. Es geht daher nicht um Transparenz, sondern darum, den Gemeinderat jetzt aufzufordern, den Einwohnerrat bereits im Dezember auf einen Weg zu schieben, den die Bürgerlichen gerne hätten. Nämlich auf den Weg einer Steuersenkung.

Marc Schinzel, FDP versteht die Welt nicht mehr. Er hat das Gefühl, man befinde sich wieder auf einer flachen Scheibe. Was ist daran nicht transparent, wenn der Gemeinderat die entsprechenden Zahlen liefert? Wenn man es sowieso alleine ausrechnen kann, wieso will man dem Gemeinderat verbieten, dies zu tun? Man benötigt ungefähr eine Rechnungsleistung, die in einem Mobiltelefon locker Platz hat. Er möchte die Zahlen in einer sauberen Aufstellung sehen. Für den Redner ist das transparent. Danach braucht es eine Zweidrittel-Mehrheit. Man muss schauen, ob die Leute davon überzeugt sind. Er findet, das sei das transparenteste Vorgehen, das man jetzt wählen könne.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP erklärt, es sei relativ einfach, die Zahl zu benennen. Es handelt sich um ca. 3 Mio. Franken, wenn man die Dreisatzrechnung zu Grunde legt. Ob es einen Unterschied macht, muss man abwarten.

ABSTIMMUNG

Antrag der FDP: 18 JA, 15 NEIN (Abstimmung 15)

BESCHLUSS

://: 13. Bei der Erstellung des Budgets 2019 wird ein Steuerfuss von höchstens 46% zu Grunde gelegt.

Traktandum 6

Nr. 173/X

Kinder- und Jugendpolitisches Konzept der Gemeinde Binningen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Beatrice Büschlen, Grüne stellt fest, 2012 habe man die Motion überwiesen, 2015 wurde die Planung gestartet und nun könne man endlich sagen: «Was lange währt, wird endlich gut.». Das kinder- und jugendpolitische Konzept wurde nicht einfach aktualisiert, sondern der Zeit entsprechend erneuert und mit Inhalt gefüllt. Die Grünen nehmen das Konzept erfreut zur Kenntnis. Damit der Inhalt auch umgesetzt werden kann, ist ein Kinder- und Jugendbeauftragter oder eine Koordinatorin unabdingbar. Sonst

bleibt es ein Papiertiger. Ihre Fraktion begrüsst die Schaffung einer Koordinationsstelle mit einem entsprechenden Stellenetat von 80 Prozent. Sie wird auch das Postulat «Infocard» abschreiben. Die Arbeit mit dem Konzept unter der Mitwirkung der Kinder und Jugendlichen wird zeigen, ob und in welcher Form ein ähnliches Engagement organisiert werden kann und soll. Die Motion «Anpassung Kinder- und Jugendpolitisches Konzept» kann nur abgeschrieben werden, nachdem die Koordinationsfunktion (Antrag 3 des Gemeinderats) vom Einwohnerrat bewilligt wurde. Sonst ist die Umsetzung in Frage gestellt und somit auch nicht erfüllbar. Kenntnissnahme hin oder her. Aus diesem Grund beantragen die Grünen, die Anträge 2 und 3 des Gemeinderats zu tauschen. Im Übrigen begrüssen sie jegliche regionale und überkommunale Zusammenarbeit. Sie freuen sich über den Entscheid des Bottminger Gemeinderats betreffend einer Kooperation im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Die Kinder- und Jugendarbeit endet nicht an der Grenze. Wir sind alle verantwortlich, für unsere Kinder und Jugendlichen gute Bedingungen zum Aufwachsen zu schaffen. Der Anfang ist gemacht.

Patricia Bräutigam, CVP bedankt sich beim Gemeinderat und allen Beteiligten für das ausführliche Konzept. Als Familienpartei ist der CVP ein vielfältiges und bedarfsgerechtes Angebot für Kinder und Jugendliche sehr wichtig. Daher unterstützt sie das Konzept. Die Votantin möchte einige Punkte betonen, die ihrer Fraktion besonders sinnvoll erscheinen. Eine Zielsetzung sind bedürfnisgerechte Spiel- und Begegnungsorte. Sie hofft sehr, dass das Ziel auch beim Bau des neuen Schulhauses sowie beim Umbau von bestehenden Schulhäusern berücksichtigt wird. Die frühzeitige Integration und Durchmischung mit Hilfe von Frühförderungsangeboten erachtet die CVP ebenfalls als sehr sinnvoll und wichtig. Dass mit der Kinderbetreuung auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in das Konzept eingeflossen ist, freut sie sehr. Dort besteht nach wie vor ein grosser Bedarf, der einen weiteren Ausbau fordert. Die Fraktion unterstützt die Schaffung einer Koordinationsstelle mit einem Pensum von 80 Stellenprozent, um die Ziele verfolgen zu können. Sie hofft, dass die Ziele umgesetzt und in der Kinder- und Jugendpolitik eine Entwicklung ersichtlich wird. Damit der Einwohnerrat auf dem Laufenden gehalten wird, stellt die CVP folgenden Zusatzantrag: «Dem Einwohnerrat wird nach zwei Jahren ein Bericht über die Erfahrungen und die Umsetzung des Kinder- und Jugendpolitischen Konzepts vorgelegt.». Unter der Voraussetzung, dass die Reihenfolge der Anträge gemäss Antrag der Grünen geändert wird, stimmt ihre Fraktion allen Gemeinderatsanträgen zu.

Beatrix Rheiner, FDP teilt mit, das vorliegende kinder- und jugendpolitische Konzept sei ein umfassendes Werk, das in den letzten zwei Jahren in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Nordwestschweiz, der Begleitgruppe mit Vertretern des Einwohnerrats und unter Zuzug von Fachspezialisten in zum Teil intensiven und auch kontroversen Diskussionen erarbeitet wurde. Die FDP nimmt das kinder- und jugendpolitische Konzept sehr gerne zur Kenntnis. Mit dem neuen Konzept, das sehr viel umfassender, konkreter und den gesellschaftlichen Veränderungen angepasst ist, sind alle Forderungen der Motionärin erfüllt. Ihre Fraktion empfiehlt, die Motion «Anpassung Kinder- und Jugendpolitisches Konzept» als erledigt abzuschreiben. Bei der Erarbeitung des neuen kinder- und jugendpolitischen Konzepts hat sich gezeigt, dass die Gemeinde Binningen bereits heute über ein sehr vielfältiges und attraktives Angebot verfügt. Den Kindern und Jugendlichen wird vor allem auch in den Vereinen viel geboten, um sich aktiv zu beteiligen. Es hat sich aber auch gezeigt, dass die Vernetzung und Koordination der verschiedenen Angebote optimiert werden muss. Mit der Schaffung der Stelle Kinder- und Jugendbeauftragter kann die Koordination und Planung effektiv und zielgerichtet umgesetzt werden. Daher empfiehlt sie, dem Antrag des Gemeinderats zur Schaffung einer 80 Prozent-Stelle per 1. Januar 2019 zuzustimmen.

Bezüglich des Postulats «Infocard – die Karte für Engagement» erläutert die Votantin, die Infokarte sei eine Karte für das Engagement und bestehe im Wesentlichen aus einer allgemein gehaltenen Homepage, auf der Informationen zu verschiedenen Angeboten für Kinder und Jugendliche aufgelistet sind. Mit dem gemeindeeigenen neuen Konzept wird die Infokarte redundant. Es ist viel zielgerichteter, die Angebote der Gemeinde auf einer speziellen Homepage zu platzieren. Daher empfiehlt die FDP, das Postulat Infokarte abzuschreiben. Durch die geplante Zusammenarbeit mit Bottmingen im Bereich der offe-

nen Jugendarbeit können viele Synergien und Erfahrungen, die die Binninger bereits haben, genutzt werden, sodass ihre Fraktion den Antrag wohlwollend zur Kenntnis nimmt.

Gaida Löhr, SP erklärt, auch bei der SP herrsche grosse Freude, dass eine Motion, die die SP vor ca. 7 Jahren eingereicht hat, nun so toll umgesetzt wurde. Sie verzichtet darauf, das bereits geäusserte Lob zu wiederholen. Ihre Fraktion steht voll hinter dem Konzept und hinter den Anträgen des Gemeinderats.

Barbara Fankhauser, SVP dankt allen Beteiligten für die Erarbeitung des kinder- und jugendpolitischen Konzepts der Gemeinde Binningen. Sie möchte allerdings festhalten, dass die Antwort auf die Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden beim zuständigen Gemeinderat, wie die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe zustande kam, nicht sehr befriedigend war. Ihre Fraktion erachtet es als Affront, die SVP mit ihrer Fraktionsstärke aussen vor zu lassen und, wie auch die CVP, erst zum Workshop zuzulassen. Für ein nächstes Mal fordert die SVP, dass alle Fraktionspräsidenten bei der Evaluation einer Arbeitsgruppe angefragt werden. Die Fraktion wird die Anträge 1 und 5 zur Kenntnis nehmen und den Anträgen 2 bis 4 zustimmen. Sie begrüsst die geplante, vertiefte Zusammenarbeit mit der Gemeinde Bottmingen und ist gespannt auf die neue Koordinationsfunktion und den Mehrwert, der dadurch generiert wird. Neben den Kosten interessiert sich die Partei auch für die Stellenausschreibung resp. das Pflichtenheft der neuen Stelle. Wie die Bezeichnung Koordination vermuten lässt, hofft sie auf eine bessere Vernetzung der Angebote, eine Steigerung des Bekanntheitsgrads, einen regelmässigen Austausch der Anbieter der gleichen aber auch der aufeinanderfolgenden Angebote und grundsätzlich auf eine Anlaufstelle für alle Fragen und Bedürfnisse der Kinder, Jugendlichen und ihren Eltern.

Auf Rückfrage des Präsidenten zieht die SVP ihren in der letzten Sitzung eingereichten Antrag bezüglich einer Berichterstattung nach 2 Jahren zurück. Der Inhalt deckt sich mit dem Antrag der CVP.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP möchte die Gelegenheit nutzen, allen zu danken, die während der letzten zwei Jahre intensiv und mit grossen Diskussionen auf einen gemeinsamen Nenner gekommen sind. Dies geschah u.a. mit der Unterstützung der Fachhochschule Nordwestschweiz und einigen Mitgliedern des Einwohnerrats, die an den Workshops beteiligt waren – auch die SVP wurde dazu eingeladen. Um effizient vorwärts zu kommen, wurde die Begleitgruppe relativ klein gehalten. Man hat das Gremium aber bei Bedarf, z.B. bei Workshops, erweitert, sofern das nötig war. Zusätzlich wurden Fachpersonen der Schule, eine Jugendpsychologin, die Schulleitung der Sekundarschule, das FAZ und Vertreter des Jugendhauses eingeladen. Es wurde also nicht nur auf der politischen Ebene diskutiert sondern auch mit Fachpersonen aus dem Bereich Jugendarbeit. Es ist toll, dass nach harten Auseinandersetzungen zum Schluss dieser Konsens entstanden ist und man eine Lösung gefunden hat, die aus Sicht der Beteiligten ideal ist für die Gemeinde Binningen, sofern nun damit gestartet werden kann. Er bittet die Anwesenden, dem Geschäft zuzustimmen. Die Gemeinde Bottmingen wartet dringend auf diesen Entscheid. Sie hat bereits entschieden und wäre gerne am 1. Juli gestartet. Durch die Verzögerung wird man nun am 1. Januar 2019 beginnen. Da es sich um ein Pilotprojekt handelt, war sowieso vorgesehen, dem Einwohnerrat nach zwei Jahren einen entsprechenden Bericht vorzulegen.

ABSTIMMUNG

Antrag der Grünen: Tauschen der Reihenfolge der Anträge 2 und 3: 32 JA, 1 NEIN (Abstimmung 16)

Antrag 1 des Gemeinderats: Kenntnisnahme

Antrag 3 des Gemeinderats: 30 JA, 1 NEIN, 2 Enthaltungen (Abstimmung 17)

Antrag 2 des Gemeinderats: Einstimmig JA (Abstimmung 18)

Antrag 4 des Gemeinderats: Einstimmig JA (Abstimmung 19)

Antrag 5 des Gemeinderats: Kenntnisnahme

Antrag der CVP: Berichterstattung nach 2 Jahren: Einstimmig JA (Abstimmung 20)

- ://: 1. Der Einwohnerrat nimmt vom neuen Kinder- und Jugendpolitischen Konzept Kenntnis.
 - ://: 2. Für die neue Koordinationsfunktion als Kinder- und Jugendbeauftragte(r) wird per 01.01.2019 im Stellenplan ein Stellenetat von 80% eingestellt.
 - ://: 3. Die Motion 173/X «Anpassung Kinder- und Jugendpolitisches Konzept» wird als erledigt abgeschrieben.
 - ://: 4. Das Postulat 195/X «Infocard – die Karte für Engagement» wird als erledigt abgeschrieben.
 - ://: 5. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von der geplanten Kooperation im Bereich offene Jugendarbeit mit der Gemeinde Bottmingen.
 - ://: 6. Dem Einwohnerrat wird nach zwei Jahren ein Bericht über die Erfahrungen und die Umsetzung des Kinder- und Jugendpolitischen Konzepts vorgelegt.
-

Traktandum 7

Nr. 143/XI

Gesamtsanierung Schulhaus Mühlematt; Baukredit

- ://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.
-

GESCHÄFTSBERATUNG

Brigitte Strondl, SP teilt mit, am 20. März 2017 habe der Einwohnerrat einen Planungskredit über 205 000 Franken für die Erarbeitung eines Bauprojekts zur Sanierung des Mühlematt-Schulhauses bewilligt. Zuvor hatte die BPK am 11. Juni 2015 zu diesem Thema eine Empfehlung und Anträge formuliert, wobei auch die Ausarbeitung eines Gesamtsanierungsprojekts für die Schulanlage Mühlematt gefordert wurde. Nun liegt ein Baukreditantrag in Höhe von 8 Mio. Franken +/- 10 Prozent mit den entsprechenden Erläuterungen vor. Es freut die SP, dass beim vorliegenden Projekt auf den hohen gestalterischen Wert der Sichtbackstein-Architektur innen und aussen Rücksicht genommen wird und trotzdem eine wärmetechnische Optimierung erzielt werden kann. Die neue Fotovoltaikanlage wird Strom für den Eigenverbrauch liefern und sich für die Gemeinde auf längere Sicht gesehen lohnen.

Mit den Massnahmen zur Verbesserung der Erdbebensicherheit ist der Erfüllungsfaktor grösser als zwingend verlangt und auch dem allfälligen Kondenswasser kann mit Stosslüftungen entgegengewirkt werden. Die Behindertengerechtigkeit wurde untersucht und man kam zum Schluss, einen Treppenlift einzubauen. Auch dies begrüsst die SP. Es ist ihr auch wichtig, dass der Schulbetrieb trotz der Baumassnahmen möglichst ungestört weiterlaufen kann und die Ausführung der Hauptarbeiten in den Sommerferien den gewünschten Erfolg bringen wird. Die Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Bauverwaltung für die ausführliche Vorlage und dafür, dass viele Anliegen der Nutzer aufgenommen werden konnten. Die SP möchte, dass schnellstmöglich mit dem Projekt gestartet wird. Eine Überweisung in die BPK erachtet sie als unnötig. Die Fraktion wird dem verlangten Baukredit und den Investitionsausgaben für die Fotovoltaikanlage zu Lasten des Energiefonds zustimmen.

Beatrice Büschlen, Grüne stellt fest, mit dem BPK-Bericht aus dem Jahr 2015 seien für die Lüftung-, Licht- und Schallmethodik bereits optimierte Vorschläge gemacht und Vorgaben zur Fassadengestaltung

geäussert worden. Die Vorlage übernimmt die meisten Punkte. Es wurde also schon genug diskutiert. Die Grünen finden es daher nicht nötig, die Vorlage nochmals in die BPK zu schicken. Die Umsetzung der Behindertenfreundlichkeit ist allerdings noch zu optimieren. Behindertenorganisationen stehen Treppenliften kritisch gegenüber. Lediglich ein behindertengerechtes WC im ganzen Mühlematt Schulhaus und ein unpraktischer Zugang von der Aula her mit einem Treppenlift ist ungenügend. Ein selbstständiges Benutzen ist weder für behinderte Schüler und Schülerinnen noch für Lehrpersonen, Erziehungsbeauftragte oder andere Besucher möglich. Zu den Beteuerungen des Gemeinderats, gehbehinderte Schüler und Schülerinnen würden sicher Zugang zum Lift erhalten, erklärt die Votantin, dies könne nur mit einem Euroschlüssel oder mit dem Deponieren eines Liftschlüssels an einer zentralen Stelle im Schulhaus erfüllt werden. Der jetzige betriebliche Ablauf lässt kein selbstständiges Benutzen des Lifts zu. Das gleiche Problem stellt sich für den Zugang zur Aula. Auch während einer Veranstaltung sollte ein selbstständiges Erreichen des rollstuhlgängigen WCs für alle gehbehinderten Besucher möglich sein. Der Gemeinderat kann nicht einfach davon ausgehen, es ginge dann schon. Er muss dies sicherstellen.

Zur Fotovoltaikanlage erklärt die Rednerin, der jetzige Energieverbrauch von 43 000 kWh dürfte nach der Sanierung kleiner werden. Es wird also für mehr als nur für die Hälfte produziert. Auch während den Schulferien oder den Wochenenden wird der Energieverbrauch ziemlich reduziert sein. Einnahmen durch Ladestationen könnten das Kosten-Nutzen-Verhältnis optimieren und sollten angestrebt werden. Die Grünen stimmen dem Kreditantrag für die Gesamtsanierung und dem Investitionsbeitrag für die Fotovoltaikanlage zu und bitten den Gemeinderat, dem hindernisfreien Bauen mehr Aufmerksamkeit zu schenken und Lösungen für das selbstständige Benutzen von gehbehinderten Personen in der Schulanlage Mühlematt zu finden.

Peter Heiz, FDP dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Ausarbeitung der sehr schönen Vorlage. Seine Fraktion war bei der Diskussion gespalten. Einige Personen wollten die Anträge gutheissen, andere stimmten für eine Überweisung in die BPK. Warum möchte man eine Überweisung in die BPK? Es geht um viel Geld, nämlich um ungefähr 8 Mio. Franken. Das Projekt untersteht dem obligatorischen Referendum. Insbesondere im Kapitel «Fragen zur Behindertengerechtigkeit» haben sich auch bei der FDP viele Fragen gestellt. Im Bericht wird nicht zuletzt von «erheblichen Umwegen zum IV-WC» gesprochen. Wenn er die vielen Punkte hört, die seine Vorrednerin vorgebracht hat, dann wird es geradezu unverständlich, weshalb man so etwas nicht in die BPK überweisen sollte. Summa summarum: Die FDP stellt den Antrag, das Geschäft in die BPK zu überweisen.

Patricia Bräutigam, CVP äussert, auch wenn ihre Fraktion grundsätzlich die Meinung teile, dass nicht jedes Geschäft in eine Kommission überwiesen werden sollte, erachte sie eine Überweisung in die BPK bei diesem Geschäft als sinnvoll. Für die CVP ist eine Vorprüfung wünschenswert, da es einerseits um sehr viel Geld geht und der Kredit andererseits auch vom Volk abgesegnet werden muss. Daher lehnt ihre Fraktion den ersten Antrag ab und stimmt für eine Überweisung in die BPK. Den zweiten Antrag wird die CVP hingegen unterstützen, da sie die Installation von Fotovoltaikanlagen begrüsst.

Urs Weber, SVP teilt die Meinung, dass es sich um viel Geld handle. Auch seine Fraktion hat einige Sachen gefunden, die ihr nicht gefallen. Die SVP spricht sich daher für eine Überweisung in die Bau- und Planungskommission aus.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP äussert, man sei bereits seit längerem an diesem Projekt. Nun ist man kurz davor, mit der Realisierung starten zu können. Es gab kritische Voten zur Behindertengerechtigkeit. Die Gemeinde ist gefordert, alle ihre Schulanlagen für Behinderte zugänglich zu machen. Es ist aber nicht überall gleich geeignet. Die behinderten Schüler können dort zugewiesen werden, wo es am optimalsten für sie ist und man wird sie in ihrer Situation sicher unterstützen. Es stellt sich die Frage, ob man an jeder Ecke und an jedem Ort ein behindertengerechtes WC installiert oder ob man die Kinder dort einteilt, wo sie einen näheren Weg haben. Es handelt sich um Einzelfälle, die bei der Einteilung berücksichtigt werden können. Andernfalls würde man sehr viel Infrastruktur bereitstellen, die man

sehr selten braucht. Es ist eine Frage der Abwägung. Die Frage bezüglich der Überweisung in die BPK überlässt der Votant dem Einwohnerrat. Der Gemeinderat ist offen für den Prozess. Er weiss, dass vor der Realisierung eine Volksabstimmung gewonnen werden muss. In der Etappierung ist es so angedacht, dass die Realisierung 2020 und 2021 in den Sommerferien erfolgen kann.

ABSTIMMUNG

Antrag der FDP: Überweisung in die BPK: 20 JA, 13 NEIN (Abstimmung 21)

BESCHLUSS

://: Das Geschäft «Gesamtsanierung Schulhaus Mühlematt; Baukredit» wird in die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Traktandum 8

Nr. 95

Schulraumplanung; Planungskredit Erweiterung Schulcampus Dorf

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Beatrice Büschlen, Grüne begrüsst einen Planungszwischenschritt, um die Höhe des Baukredits besser ermitteln zu können. Die Bandbreite bei einem Baukredit von 42 Mio. Franken ist so oder so gross genug, da ist jeder Zwischenschritt hilfreich. Fehlplanungen oder Fehleinschätzungen können so bereits im Vorfeld erkannt werden. Sie bittet den zuständigen Gemeinderat, die Definition des Partizipations- und Kommunikationsprozesses zu erläutern. Die beiden Prozesse müssen unterschiedliche Gruppen – Schülerinnen, erziehungsberechtigte Eltern, Politik etc. – ansprechen, daher sind auch unterschiedliche Anbieter involviert. Wie ist das angedacht bzw. wie würden sich die 20 000 Franken in diesem Bereich verteilen? Die Grünen befürworten die Zwischenplanung und werden den Planungskredit bewilligen. Auch hier sieht die Fraktion keinen Grund für eine Extrarunde in der BPK.

Philippe Spitz, SP kann sich seiner Vorrednerin anschliessen. Wer A sagt, muss auch B sagen, um dann C machen zu können. Der Wettbewerb wurde vom interessanten Siegerprojekt Enno gewonnen. Es macht aus Sicht der SP Sinn, erst nach Vorliegen der partiellen Detaillierung weitere massgebliche Entscheide zu treffen, um nach vertiefter Prüfung – möglicher- und sinnvollerweise in der BPK – vor den Einwohnerrat zu gehen und falls es dort genehmigt wird, eine Volksabstimmung vorzubereiten. Die Schüler und Schülerinnen warten nicht. Im Gegenteil, sie sind unterwegs. Es ist daher gut, dass man vorwärts macht und das Ganze nicht liegen lässt wie es manchmal bei gewissen anderen Geschäften der Fall ist, die der Votant hier nicht explizit nennen möchte. In diesem Sinn: «Tipptopp, weiter so!».

Karl J. Heim, CVP wünscht namens der CVP-Fraktion, dass das Geschäft zuerst von der Bau- und Planungskommission genauer angeschaut wird.

Christoph Maier, FDP teilt mit, auch die FDP möchte, dass das Geschäft zuerst in der BPK beraten wird. Es werden Weichenstellungen vorgenommen. Natürlich ist der Betrag für die Planung, die die Fraktion durchaus begrüsst, nicht derart hoch. Es ist richtig, dass man einen höheren Detaillierungsgrad anstrebt. Insbesondere in Anbetracht des Endbetrags von 42 Mio. Franken ist es sinnvoll, die Kommission mit dem höchsten Sachverstand mit dem Geschäft zu betrauen, um von ihrer Expertise zu profitieren. Das

kann dem Projekt und schlussendlich auch dem Kredit nur nutzen. Eine kleine Zusatzbemerkung: Die FDP stellt sehr in Frage, ob bei diesem Projekt wirklich so viele Parkplätze gebaut werden müssen. Sie ist der Überzeugung, das Projekt werde mit dem Zusatzaufwand, den es an Kubatur braucht, unnötig verteuert. Im Bereich des Schulhauses Dorf gibt es heute bereits viele Halleneinstellplätze – notabene die grösste Zeit leerstehend –, sodass seine Fraktion die Notwendigkeit der Schaffung von weiteren zusätzlichen ungenutzten Parkplätzen im Rahmen dieses Projektes bezweifelt. Es wäre sinnvoll, genauer abzuklären, ob es wirklich keinen Weg gibt, das Projekt günstiger zu realisieren, wenn man auf die Parkplätze verzichten könnte.

Urs Weber, SVP stellt klar, die SVP habe auch bei diesem Geschäft noch viele offene Fragen. Er kann sich den Voten der FDP und CVP anschliessen. Auch die SVP spricht sich für eine Überweisung in die BPK aus.

Rahel Bänziger, Grüne findet den Vorschlag von Christoph Maier super. Sie würde sich wünschen, dass er auf seine bürgerlichen Landratskolleginnen und –kollegen einwirken würde. Im Landrat gab es eine Motion, die genau dies wollte. Die Motion Stokar schlug vor, dass die Gemeinden die Anzahl der Parkplätze bei den Planungsvorgaben der Bauten selbstständig reduzieren können, wenn sie möchten. Es ging notabene nur um die Möglichkeit, den Gemeinden diese Freiheit zu geben. Es ging noch nicht darum, die Anzahl der Parkplätze wirklich zu reduzieren. Die bürgerliche Mehrheit des Landrats hat dies abgelehnt. Sie findet die Idee an sich und die Tatsache ausgezeichnet, dass der Vorschlag ausgerechnet von Seiten der FDP kommt und die Fraktion auch das Sparpotenzial sieht. Wenn es nämlich keine Parkplätze braucht, sollte man auch keine bauen.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP ist sehr froh, dass man einen Schritt weitermachen kann. Er möchte auf einige der erwähnten Punkte Bezug nehmen. Es werden keine neuen Parkplätze geschaffen, sondern die Parkplätze werden umgelagert. Wenn man sie nicht umlagert, besetzt man den Dorfplatz. Die Kinder sollen nicht zwischen Autos spielen. Man möchte, dass sich die Bevölkerung auf einem schön gestalteten Dorfplatz bewegen kann. Wenn man weniger Parkplätze aufstellen würde, ginge es wieder. Dann wäre man bei den Grünen. Er denkt aber nicht, dass dieser Vorschlag eine Mehrheit finden würde. Zum anderen gibt es die Auflage, dass Schutzräume gebaut werden müssen. Am Standort Meiriacker gibt es Schutzräume, die man gerne auflösen und am Standort Dorf bauen möchte. Dazu eignet sich eine Tiefgarage, ähnlich wie beim Spiegelfeld. Wenn man auf die unterirdische Parkgarage verzichtet, müsste man über den Ort zur Bereitstellung der Schutzräume diskutieren.

Die Partizipation und Kommunikation sind zwei Elemente, die dem Gemeinderat wichtig sind. Zum einen muss die Bevölkerung darüber informiert werden, was mit dem Schulhaus passiert, denn am Ende möchte man die Zustimmung der Bevölkerung an der Urne. Zum anderen hat man bei der Partizipation verschiedene Interessensgruppen, die involviert werden müssen. Die einen etwas mehr, die anderen etwas weniger. Die Nutzer des Schulhauses, die Schülerinnen und Schüler, werden sicher bei der Gestaltung mitreden dürfen. Zudem müssen auch die Vereine, die den Dorfplatz nutzen, begrüsst werden. Des Weiteren gibt es auch noch die Anwohner. Das Verfahren wird noch im Detail festgelegt. Die Themen müssen vertieft angegangen werden, um alle mit ins Boot zu holen. Der Gemeinderat hat mit einer BPK-Beratung gerechnet. Es gäbe aber die Möglichkeit, den nächsten Schritt zu machen und mit genauen Preisschildern und zusammen mit den Planern das Paket zu schnüren, sodass man im zweiten Schritt die Bereinigung vornehmen könnte. Im Moment ist man noch auf der Basis des Wettbewerbsprojekts, auf einer hohen Flughöhe. Der Entscheid über das weitere Vorgehen liegt aber beim Einwohnerrat.

ABSTIMMUNG

Überweisung in die BPK: 19 JA, 14 NEIN (Abstimmung 22)

BESCHLUSS

://: Das Geschäft «Schulraumplanung; Planungskredit Erweiterung Schulcampus Dorf» wird in die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Traktandum 9

Nr. 89

Rückständebericht 2018

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Patrizia Aebi, SP ist froh, dass im Rahmen des Rückständeberichts keine Vorstösse mehr direkt abgeschrieben werden. Die SP nimmt den Rückständebericht zur Kenntnis.

Sven Inäbnit, FDP erwähnt, die FDP nehme ebenfalls Kenntnis vom Rückständebericht. Für seine Fraktion könnten einige Vorstösse selbstverständlich noch etwas länger liegen bleiben, andere möchte sie etwas beschleunigt sehen. Alles in allem stimmt die FDP der Einschätzung des Gemeinderats zu. Einzelne Vorstösse konnten an der heutigen Sitzung in den vorhergehenden Abstimmungen abgeschrieben werden, insofern handelt es sich um eine positive Kenntnisnahme.

Patricia Bräutigam, CVP teilt mit, auch die CVP nehme den Rückständebericht zur Kenntnis.

Rahel Bänziger, Grüne hat sich erlaubt, eine kleine Statistik zu machen. Sie hat den Rückständebericht 2017 zur Hand genommen und verglichen, welche Vorstösse liegen geblieben sind. 10 Punkte sind gleich wie beim letzten Bericht, immerhin 7 wurden erledigt, 2 sind neu und 3 befinden sich in Bearbeitung. Das stimmt doch schon etwas optimistisch. Die Grünen nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Roman Oberli, SVP schliesst sich namens seiner Fraktion der Kenntnisnahme des Berichts an.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP dankt für die optimistischen Wortmeldungen. Er weist darauf hin, dass die Punkte 6 und 7 von der Liste gestrichen werden können. Diese Vorstösse wurden im Rahmen des vorhergehenden Geschäfts «Kinder- und jugendpolitisches Konzept» abgeschrieben.

BESCHLUSS

://: Der Rückständebericht 2018 wird zur Kenntnis genommen.

Postulat M. Schinzel, FDP: Schluss mit unausgewogenen AbstimmungserläuterungenBESCHLUSS

://: Verschieden.

Traktandum 11

Nr. 70

Postulat FDP-Fraktion: Verkehrsfluss und Verkehrssicherheit ParadiesstrasseBESCHLUSS

://: Verschieden.

Traktandum 12

Nr. 83

Interpellation D. Zimmermann, FDP: Sicherheit im WaldBESCHLUSS

://: Verschieden.

Traktandum 13**Diversa**

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP möchte die Gelegenheit nutzen, die Anwesenden zum Thema Immobilienstrategie zu informieren. Der Gemeinderat hat die Immobilienstrategie fertig erarbeitet und es wäre sein angestrebtes Ziel gewesen, das Gesamtdossier an der Maisitzung in den Rat zu bringen. Es wurde aber ein Konflikt festgestellt, auf den der Votant im zweiten Teil eingehen möchte. Zuerst möchte er einige Worte dazu äussern, was gemacht wurde. Der Gemeinderat hat in Zusammenarbeit mit dem spezialisierten Büro Basler & Hofmann AG eine Immobilienstrategie zusammengestellt, die in Binningen nicht neu erfunden wurde. Das Büro Basler & Hofmann hat eine derartige Strategie schon in unzähligen grösseren Gemeinden und Städten in der Schweiz umgesetzt. Die Gesamtdokumentation gliedert sich in drei Teile.

Die Immobilienstrategie ist übergeordnet und beinhaltet einerseits die Leitsätze und die Handlungsschwerpunkte. Sie setzt sich aber auch mit dem Thema Nachhaltigkeit auseinander, definiert die Spielregeln für Immobilien im Verwaltungs- und Finanzvermögen, die Handhabung von Spezialfällen und kommt auf die Punkte der Investition, Devestition und Finanzkompetenzen. Man kann sich das Gesamtdokument Strategie wie ein Gesetz vorstellen. Es werden die massgebenden Punkte festgehalten, wie

man mit den Immobilien, die man hat bzw. die man gerne in Angriff nehmen möchte, umgehen soll. Man einigt sich auf dieser Basis losgelöst von irgendeinem Objekt auf Punkte, die bei der weiteren Betreuung aber auch beim Bau von neuen Immobilien massgebend sind. Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Zukunft und ist damit das Planungsinstrument des Gemeinderats für neue Immobilienprojekte. Hier werden die Rahmenbedingungen für die Zukunftsplanung formuliert und der Raumbedarf für Immobilien im Verwaltungs- und Finanzvermögen wird definiert und nach den bekannten Produktgruppen gegliedert. Man lässt sich zudem über Sondernutzungsplanungen und v.a. über Quartierentwicklungen aus.

Der dritte Teil ist der Immobilienaktionsplan, der die bestehenden Liegenschaften abdeckt. Auf der einen Seite werden die Situationen und die Handhabungen des Verwaltungs- wie auch des Finanzvermögens beschrieben und jede Immobilie, die die Gemeinde Binningen besitzt, wurde einzeln erfasst. Man hat alle für die Beurteilung massgebenden Daten zusammengetragen und sich ein Bild über den aktuellen Stand der Liegenschaften gemacht. Den Zustand hat man für jedes Objekt vor Ort durch Spezialisten aufnehmen lassen und dann anhand der Erkenntnisse die notwendigen Erhaltungsmassnahmen für eine zukünftige Nutzung sowohl zeitlich aber auch kostenmässig quantifizieren lassen. Das heisst, es liegt zu jeder gemeindeeigenen Immobilie eine Dokumentation vor, in der ersichtlich ist, wann welche Massnahme notwendig wäre – selbstverständlich immer nach dem Kenntnisstand der Beurteilung heute. Aus all den Immobilien hat man die entsprechenden Konsequenzen auf der Zeitachse mit einem Frankenbetrag abgetragen. Das gibt eine Gesamtübersicht über die nächsten 10 bis 15 Jahre, in der man die Entwicklung der Immobilien sieht und einen Überblick der Investitions- oder Kostenplanung hat. Das wurde nicht nur für die bestehenden sondern im gleichen Stil auch für die projektierten oder neu angedachten Liegenschaften gemacht. Über die Gesamtimmobilienstrategie hat man somit eine vollständige Erfassung der heutigen Situation, bei der eine Quantifizierung für die Zukunft vorgenommen wurde. Zudem wurden alle im Moment bekannten oder angedachten zukünftigen Projekte erfasst. Darüber hat man die Spielregeln zu Papier gebracht, die als Grundlage gelten, wie man hier in Zukunft kutschieren sollte. Die Gesamtdokumentation ist erstellt und liegt vor.

Warum ist die Dokumentation noch nicht im Rat? Als Ergebnis aus der Gesamtbetrachtung hat der Gemeinderat gesehen, dass in den nächsten 10 Jahren für die bestehenden aber auch für die neuen Immobilien rund 100 Mio. Franken zur Verfügung stehen müssen. Es gibt eine gesetzliche Vorgabe für Gemeinden. Wenn man Immobilien im Verwaltungsvermögen errichtet, haben diese eine definierte Abschreibungszeit. Das heisst für jedes umgesetzte Objekt muss über die definierte Zeitdauer jedes Jahr der anteilige Frankenbetrag als Abschreibung in die Erfolgsrechnung genommen werden. Aufgrund dieser Tatsache hat der Gemeinderat einen Konflikt festgestellt. Mit den 100 Mio. Franken hat man einen direkten Konflikt zu Artikel 41 der Gemeindeordnung bezüglich des Selbstfinanzierungsgrads. Der Gemeinderat hat die Pende, die überarbeitete Fassung des Artikels 41 und des Finanzreglements in den Rat zu bringen. Er hat dafür klare und relativ deutliche Vorgaben, die der Einwohnerrat auf Basis der GRPK formuliert hat. Mit dieser Vorgabe für die Überarbeitung des Artikels und des Finanzreglements ergibt sich ein Konflikt zu den Investitionen. Wenn man die Abschreibungen der rund 100 Mio. Franken in die Bücher der Gemeinde überträgt, dann führt dies zu einem strukturellen Defizit in der Planerfolgsrechnung, d.h. in der Erfolgsrechnung der Zukunft.

Kurzum: Der Knoten, der momentan noch existiert, muss gelöst werden bevor die Immobilienstrategie in den Einwohnerrat kommt. Es macht wenig Sinn, dass sich der Einwohnerrat mit den Unterlagen des Gemeinderats auseinandersetzt und zum Schluss Zahlen zur Kenntnis nimmt, wenn man auf der anderen Seite die Erkenntnis hat, dass es nicht aufgeht. Die Immobilienstrategie und der revidierte Artikel 41 bzw. das überarbeitete Finanzreglement müssen gemeinsam in den Rat kommen. Sie stehen in einem direkten Zusammenhang. Der Gemeinderat hat sich das Ziel gesetzt, im September sowohl die Immobilienstrategie wie auch die überarbeiteten Finanzunterlagen in den Rat zu bringen. Der Gemeinderat hofft – und daran wird auch über die Sommerferien gearbeitet –, dass Lösungen gefunden werden und ist gespannt, wie der Einwohnerrat und die GRPK auf diese Gedanken reagieren werden.

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP kündigt die nächste Information des Gemeinderats an. Die Anwesenden haben vielleicht gesehen, dass der Kreisel am Kronenplatz eine neue Dekoration erhalten hat, die für Auto- und Velofahrer etwas verkehrsbehindernd ist. Das Büro hat das Thema angesprochen. Die Anwesenden erhalten dazu nun einige Information von der zuständigen Gemeinderätin.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP teilt mit, es gehe darum, dass der Kreisel relativ unfallträchtig sei und deutlich erhöhte Unfallzahlen habe. Dies kommt nach Aussage der Verkehrsexperten in erster Linie von der relativ breiten Einfahrt. Die Fahrbahn ist im Verhältnis zu anderen Kreiseln relativ breit. Dies verleitet dazu, zu schnell in den Kreisel zu fahren und sich einerseits gegenseitig das Vortrittsrecht zu nehmen und andererseits die Velofahrer innerhalb des Kreisels zu überholen. Das ist für die Velofahrer unangenehm und gefährlich und erhöht auch dort die Unfallzahlen. Die Idee des Kantons war eine Verschmälerung der Fahrbahn mittels eines Rings. Im Rahmen der Gesamterneuerung des Kreisels, die nach Auskunft des Kantons in ca. 5 Jahren ansteht, soll es eine Betonplatte geben, damit der Ring nicht mehr einfach überfahren werden kann und optisch nicht nur als Ring daher kommt. Erste Beobachtungen haben gezeigt, dass 85 Prozent der Fahrzeuglenker langsamer in den Kreisel fahren. Das Ziel wurde also erreicht. Es handelt sich dabei um eine erste Beobachtung. Man muss schauen, wie es langfristig wirkt. Den Innenring kann man überfahren. Es passiert nichts, man wird auch nicht gebüsst. Lastwagen und der Bus müssen ihn überfahren, da sie sonst nicht um die Kurve kommen. Es ist aber eine optische Wirkung für alle Fahrzeuglenker, die dadurch bei der Einfahrt in den Kreisel etwas abgebremst werden sollen. Die Information von Seiten des Kantons hat leider nicht geklappt. Dies wurde von der Gemeinde bereits moniert. Im nächsten Binniger Anzeiger wird es einen Text dazu geben. Die Gemeinde wusste es selbst auch nicht früher, daher konnte sie die Information auch nicht früher anmahnen.

Gemeinderätin Barbara Jost, SP gibt den Anwesenden eine Information weiter, die sie kurz vor der Sitzung erhielt. Sie wurde über das Schreiben der Gribi Bau Management AG informiert, dass die Anwohner und Anwohnerinnen im Roggenacker erhalten haben. Im Juli / August wird eine Baueingabe für eine Überbauung auf dem Grundstück, auf welchem momentan die forensisch-psychiatrische Wohngruppe ist, erfolgen. Es sind 5 Einfamilienhäuser geplant. Die Votantin geht davon aus, dass der Eigentümer und/oder die WG Horizonte zur Erkenntnis kamen, dass ein Wohnquartier nicht der richtige Standort für eine forensisch-psychiatrische Wohngruppe ist.

Roman Oberli, SVP erinnert an den Beschluss des Büros, nebst der elektronischen Abstimmungsanlage für drei Sitzungen auch die Abstimmungskarten zu verwenden. Die Sitzungen sind mittlerweile vorbei. Da nach wie vor nur das Ergebnis der elektronischen Abstimmung zählt, möchte er dem Büro beliebt machen, an der nächsten Sitzung das Weglassen der Abstimmungskarten zu diskutieren.

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP erklärt, es gebe unterschiedliche Meinungen dazu. Das weitere Vorgehen wird nach der Sommerpause nochmals im Büro besprochen. An dieser Stelle möchte er sich bei den Anwesenden bedanken, dass sie ihn als Präsident ertragen haben. Er hofft, dass alle halbwegs zufrieden waren. Der Votant dankt für die Nachsicht und dafür, dass er auf seine Fehler aufmerksam gemacht wurde und diese in den meisten Fällen korrigieren konnte. Er hat das sehr geschätzt. In anderen Parlamenten geht man nicht so nett mit dem Präsidium um. Er dankt auch allen, die am Einwohnerratsausflug teilgenommen und nicht vor dem Nachtessen davon gelaufen sind. Bei den Teilnehmenden, die bis zum Schluss geblieben sind, entschuldigt er sich, dass es bis 2 Uhr in der Früh gedauert hat. Er kocht halt relativ langsam. An dieser Stelle nochmals herzlichen Dank für die Teilnahme.

Vizepräsident Thomas Hafner, FDP dankt Pascal Treuthardt im Namen aller Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen für die vergangene Amtszeit als Präsident. Während seines Amtsjahrs hat er 8 Einwohnerratssitzungen geleitet und den Rat sehr rassig und zügig geführt. Für den Votanten, an der linken Seite des Präsidenten, war es sehr spannend und es ging ihm ab und zu fast etwas zu schnell. Er hofft, dass er vom gelassenen Führungsstil ein wenig übernehmen kann. Durch die Geschwindigkeit und Effizienz konnten die Sitzungen teilweise etwas früher beendet werden und die Einwohnerrätinnen und Einwoh-

nerräte durften auch einmal früher nach Hause gehen. Während der Amtszeit von Pascal Treuthardt hat der Rat die Einführung einer Abstimmungsanlage beschlossen. Dies ermöglichte den Stimmenzählenden wieder bei ihren Fraktionen Platz zu nehmen. Das lange Auszählen und Nachkontrollieren hat sich erübrigt, die Abstimmungsergebnisse sind nach der Abstimmung neu in Sekundenschnelle für alle sichtbar. Das hat sicherlich zu einer zusätzlichen Effizienzsteigerung geführt. Der Votant wünscht Pascal Treuthardt ab dem 1. Juli wieder eine ruhigere Zeit und viel Spass im Einwohnerrat, wo er nach wie vor als Fraktionspräsident der FDP tätig sein wird.

Der Redner dankt dem Präsidenten zudem für den alljährlichen Einwohnerratsausflug von letztem Samstag. Bei wunderschönem Wetter durften die Ratsmitglieder im Tinguely Museum eine Ausstellung besuchen, im 38. Stock des Rochturms die Aussicht geniessen und im Solitude-Park einen kleinen Umtrunk zu sich nehmen. Danach sind sie in einem gemütlichen Lokal vom Präsidenten persönlich als Chefkoch verwöhnt worden. Er hat die Anwesenden gemeinsam mit zwei Freunden vorzüglich bekocht und verwöhnt. Alle Achtung für diesen Mut. Die 10 verschiedenen Gänge waren köstlich, auch wenn dem Redner nicht jeder Gang gleich gut geschmeckt hat. Er hat keine Klagen über Bauchschmerzen oder sonstige Beschwerden vernommen und dies kann sogar ab und zu auch in einem Gourmet-Restaurant vorkommen. Der letzte Gang wurde weit nach Mitternacht serviert. Es war sicherlich ein langer, aber auch ein sehr kurzweiliger Abend. An dieser Stelle bedankt sich der Votant nochmals ganz herzlich bei Pascal Treuthardt, der dies wunderbar gemacht hat.

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP schliesst seine letzte Sitzung als Präsident um 22.10 Uhr und lädt alle Anwesenden zum Apéro ein. Die nächste ordentliche Sitzung findet am 27. August 2018, 19.30 Uhr, statt.

ER-Sitzung vom 25. Juni 2018

entschuldigt ** verspätet			Traktandenliste	Gesch. Nr. 75									
			01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11
			Änderung Traktandenliste	GRPK-Antrag 2: Empfehlung 1	GRPK-Antrag 2: Empfehlung 2	GRPK-Antrag 2: Empfehlung 6	GRPK-Antrag 3: Leistungsberichte	GRPK-Antrag 4: Globalrechnung der Produktgruppen	GRPK-Antrag 5: Positionen ausserhalb Globalbudget	GRPK-Antrag 6: Laufende Rechnung 2017	Vorfinanzierungen Ausmehrten Vorschlag SVP (JA) vs. Vorschlag SP (NEIN)	Vorfinanzierungen Ausmehrten Vorschlag SVP (JA) vs. Vorschlag GRPK (NEIN)	GRPK-Antrag 7: Vorfinanzierungen
Nr.	Name	Fraktion											
1	Bänziger	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
2	Büschen	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
3*	Eichenberger	Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
4	Glaser	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
5	Jagtap	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
6	Abt	SP	Ja	Enthaltung	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Ja
7	Aebi	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
8**	Appenzeller	SP	Not voted	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
9	Benthaus	SP	Ja	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
10*	Büchelin	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
11	Löhr	SP	Ja	Ja	Enthaltung	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
12	Macina	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
13*	Schellenberg	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
14	Spitz	SP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
15	Strondl	SP	Ja	Not voted	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
16	Tribolet	SP	Ja	Ja	Enthaltung	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
17*	Alt	CVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
18	Bräutigam	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja
19	Hafner	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja
20	Heim	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Enthaltung	Nein	Ja
21	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
22	Heiz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
23	Inäbnit	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
24	Karoussos	FDP	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
25	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
26	Merian	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
27	Meyer	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
28	Rheiner	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
29*	Sala	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
30	Schinz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
31	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
32	Zimmermann	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
33*	Blaser	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
34	Brunner	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
35	Bürgin	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
36	Fankhauser	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
37	Keller	SVP	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
38	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
39*	Schlup	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
40	Weber	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
TOTAL													
Ja			32	30	28	27	33	33	32	33	17	15	29
Nein			0	0	0	0	0	0	0	0	13	17	4
Enthaltungen			0	1	4	4	0	0	0	0	3	1	0
			32	31	32	31	33	33	32	33	33	33	33

ER-Sitzung vom 25. Juni 2018

* entschuldigt

** verspätet

[illegible]

TOTAL

Ja

Nein

Enthaltungen

33

33

33

33

33